



GESCHÄFTSBERICHT
2007

R+V Lebensversicherung a. G.



Im FinanzVerbund der
Volksbanken Raiffeisenbanken

R+V Lebensversicherung a. G.

Taunusstraße 1, 65193 Wiesbaden, Telefon (0611) 533-0

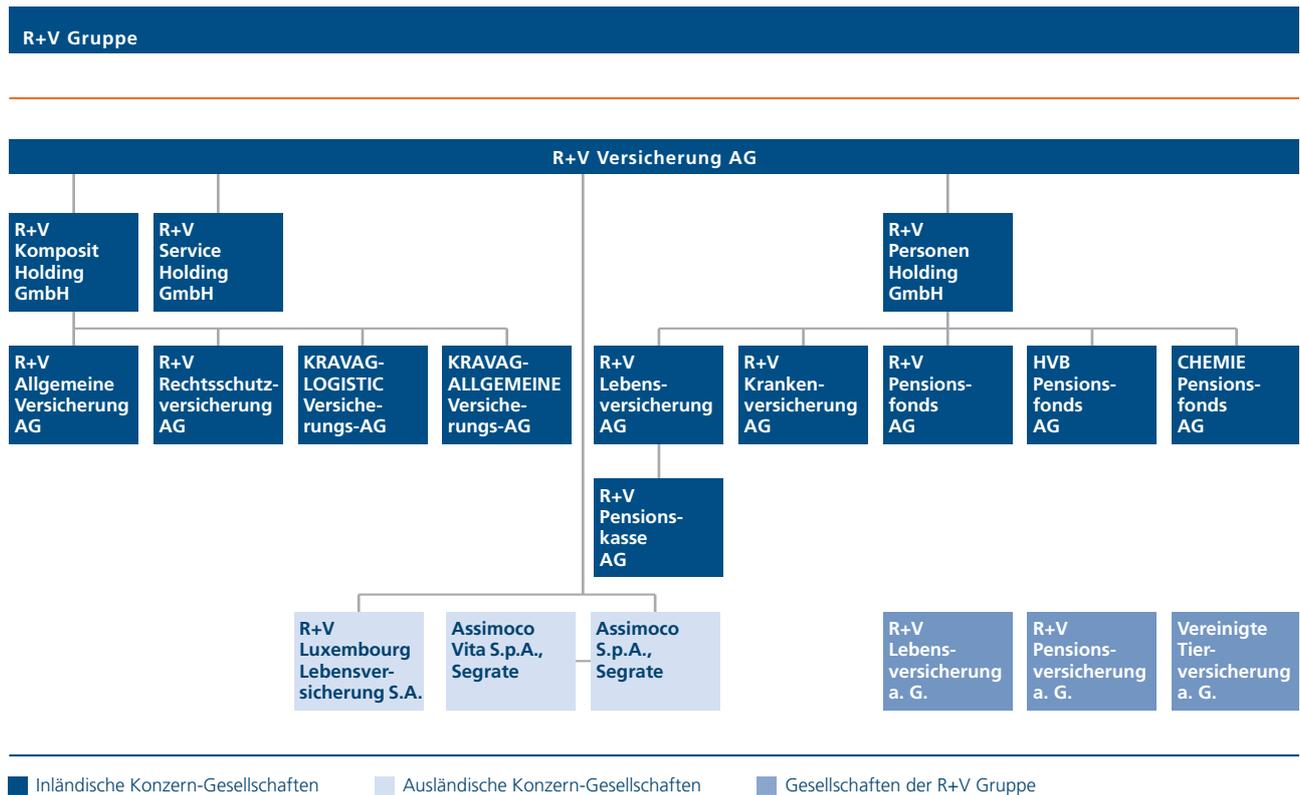
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden, Nr. HRB 17601, gegründet 1922

Geschäftsbericht 2007

Vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung

am 10. Juni 2008

R+V auf einen Blick



ZAHLEN ZUM GESCHÄFTSJAHR

		R+V LEBENS- UND PENSIONSVERSICHERUNGEN ¹⁾			R+V Gruppe
		2007	2006	2007	2006
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	4.928	4.726	9.517	9.182
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres	Mio. €	2.773	2.698	6.539	6.105
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. €	1.938	1.709	2.485	2.138
Kapitalanlagen	Mio. €	39.231	36.841	50.336	47.354
Anzahl der Versicherungsverträge	Mio.	5,1	5,0	18,4	17,8
Mitarbeiter am 31. Dezember		1.573	1.528	11.420	11.274

¹⁾ in Deutschland durch R+V Lebensversicherung AG, R+V Lebensversicherung a. G., R+V Luxembourg Lebensversicherung S.A., R+V Pensionsversicherung a. G., R+V Pensionskasse AG, R+V Pensionsfonds AG gezeichnetes Geschäft

5

LAGEBERICHT 2007

Geschäft und Rahmenbedingungen	5
Geschäftsverlauf der R+V Lebensversicherung a. G.	12
Ertragslage	14
Finanzlage	17
Vermögenslage	17
Nachtragsbericht	18
Risikobericht	18
Prognosebericht	24
Dank	25

31

JAHRESABSCHLUSS 2007

Bilanz	32
Gewinn- und Verlustrechnung	36
Anhang	39
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	39
Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva	42
Erläuterungen zur Bilanz – Passiva	47
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	49

51

WEITERE INFORMATIONEN

Sonstige Angaben	51
Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer	51
Aufsichtsrat	60
Vorstand	60
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	63
Bericht des Aufsichtsrats	64
Mitgliedervertretung	66
Glossar	67
Übersicht über die Geschäftsergebnisse	72

R+V LEBENSVERSICHERUNG a. G.			
Zahlen zum Geschäftsjahr		2007	2006
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	150	159
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	Mio. €	84	106
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. €	76	66
Kapitalanlagen	Mio. €	1.387	1.335
Eigenkapital	Mio. €	18	16
Versicherungsbestand			
Anzahl	Tsd.	96	125
Laufender Beitrag für ein Jahr	Mio. €	149	158
Neuzugang laufender Beitrag für ein Jahr	Mio. €	5	6

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit

Die R+V Lebensversicherung a. G., gegründet 1922, ist der älteste Lebensversicherer der R+V und gehört dem genossenschaftlichen FinanzVerbund an. Sie bietet klassische Vorsorgeprodukte gegen laufenden Beitrag an.

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die R+V Lebensversicherung a. G. ist in ihrer Eigenschaft als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit eine unabhängige Gesellschaft. Sie ist allein ihren Mitgliedern verpflichtet.

Organisation der Leitung und Kontrolle

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt.

Die Gesellschaften der R+V haben Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen. Danach werden gesellschaftsübergreifende Dienstleistungen jeweils von einer Gesellschaft – R+V Versicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft oder R+V Service Center GmbH – erbracht. Die Dienstleistungen für die anderen Gesellschaften erstrecken sich im Wesentlichen auf folgende Betriebsbereiche: Vertrieb, Vermögensanlage, Vermögensverwaltung, Rechnungswesen, Beitragseinzug, Controlling, Rechtswesen, Revision, Kommunikation, Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung und Informationsverarbeitung. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden mit den Aufwendungen nach der Inanspruchnahme von Dienstleistungen belastet; sie haben hinsichtlich der ausgegliederten Betriebsbereiche Weisungs- und Kontrollrechte.

Darüber hinaus besteht zwischen den Gesellschaften der R+V eine Vereinbarung über eine zentrale Gelddisposition und ein zentrales Finanzclearing.

Die versicherungstechnische Verwaltung erfolgt durch die R+V Lebensversicherung AG, die auch über ihren Außendienst

Lebens-, Renten- und Risikoversicherungen an die R+V Lebensversicherung a. G. vermittelt.

Die R+V Lebensversicherung a. G. hat ihren Sitz in Eltville.

Verbandszugehörigkeit

Die Gesellschaft ist Mitglied folgender Verbände:

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin
- Versicherungsombudsmann e. V., Berlin

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2007

Im Jahr 2007 stieg das Bruttoinlandsprodukt real um 2,5 %. Die Wachstumsrate lag damit nur geringfügig unter dem Wert von 2006 (2,9 %), trotz mehrerer dämpfender Effekte. Dazu zählten vor allem die Umsatzsteuererhöhung, der starke Euro, der weiter anziehende Ölpreis und die im Sommer auftretenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten, ausgelöst durch die Immobilienkrise in den USA.

Das weltwirtschaftliche Klima, das für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft seit jeher von besonderer Bedeutung ist, hat sich dadurch abgekühlt. Dennoch sind deutsche Produkte weiterhin im Ausland sehr gefragt. Die Exporte legten 2007 deutlich um 8,3 % zu, wenn auch nicht ganz so stark wie im Vorjahr (12,5 %). Eine gezielte Senkung der Lohnnebenkosten half der deutschen Wirtschaft dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich zu stärken, was sich positiv auf die Attraktivität ihrer Produkte auf den weltweiten Märkten auswirkte. Im Inland trugen vor allem stark expandierende Investitionen in Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände zur Fortsetzung des Aufschwungs bei. Eine hohe Auslastung der Produktionskapazitäten führte dazu, dass 2007 auch zunehmend Erweiterungsinvestitionen in den Vordergrund traten.

Mit dem Ausbau der Produktion ist auch der Bedarf an Arbeitskräften gestiegen. Die deutliche Belebung auf dem Arbeitsmarkt hat sich somit auch 2007 fortgesetzt. Die Erwerbstätigkeit stieg insgesamt um 1,7 %. Besonders erfreulich: Bei den

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gab es sogar eine Steigerung um 1,9 %. Die Arbeitslosenzahl ging um rund 0,7 Mio. zurück. 2007 waren damit noch 3,8 Mio. Personen ohne Beschäftigung, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,0 %. Gegen Jahresende überschritt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland erstmals die 40-Millionen-Grenze.

Die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt hat verhindert, dass sich der private Konsum im Inland deutlich abschwächte. So kam es insgesamt lediglich zu einem leichten Minus von 0,3 % gegenüber dem Vorjahr. Höhere Lohnsteigerungen als in den Vorjahren – die verfügbaren Einkommen nahmen um 1,6 % zu – haben die Konsumausgaben hingegen nicht beflügeln können. Dies liegt daran, dass die Erhöhung der Umsatzsteuer um 3 Prozentpunkte durch Vorzieheffekte das Wachstum zwar im Jahr 2006 begünstigt, 2007 hingegen gedämpft hat. Zwar erholte sich der private Konsum im Jahresverlauf zunehmend, doch steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel sorgten für zusätzlichen Kaufkraftentzug. Die Verbraucherpreise zogen im Jahresdurchschnitt um 2,2 % an. Im November wurde im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar ein Spitzenwert von 3,1 % erreicht.

Aufgrund der Konsumzurückhaltung der Verbraucher vor allem im ersten Halbjahr ist die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2007 wieder leicht um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 10,9 % des verfügbaren Einkommens gestiegen – im Vorjahr war die Quote erstmals seit dem Jahr 2000 leicht rückläufig gewesen. Neben Verträgen für staatlich geförderte Produkte der Altersvorsorge waren aufgrund steigender Zinsen auch kurzfristige Anlagen gefragt.

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten war im Jahr 2007 zweigeteilt. Im ersten Halbjahr prägte ein optimistisches Konjunktur- und Unternehmensbild die Marktakteure. Die als Referenzwerte verwendeten Renditen zehnjähriger Bundesanleihen stiegen zeitweise auf 4,7 %. Der DAX legte seit Jahresanfang um rund 22 % zu, der DJ Eurostoxx 50 um knapp 9 %.

Im Sommer kam es dann zu krisenhaften Erscheinungen am Kapitalmarkt, hinter denen ein rapider Hauspreisverfall in den USA und zunehmende Hypothekenausfälle stehen. Sie wirkten sich aufgrund der Globalisierung auf viele Gläubiger und Teilmärkte aus. Dreimonatige Geldmarktzinsen stiegen sprunghaft um 0,6 Prozentpunkte an, zehnjährige Bundesanleihen fielen wieder unter 4,0 %, der DAX gab seine Kursgewinne zur Hälfte und der DJ Eurostoxx 50 seine sogar fast vollständig wieder ab. Der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro sank um 10 %. Zentralbanken mussten stark intervenieren; die amerikanische Notenbank senkte trotz Inflationsgefahr vorsichtshalber den Hauptrefinanzierungszins um einen Prozentpunkt auf 4,25 %.

Die Kreditkrise und die dadurch eingetrübten Konjunktur- und Unternehmensaussichten führten deshalb im zweiten Halbjahr zu hoher Unsicherheit. Trotzdem schlossen am Jahresende die Aktienmärkte in etwa auf dem Niveau der zwischenzeitlichen Hochs. Die zehnjährigen Renditen lagen bei 4,3 %.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Der Gesetzgeber hat im Jahr 2007 zahlreiche Reformen und Gesetzesänderungen eingeleitet oder umgesetzt, welche die Lebens- und Pensionsversicherung betreffen. Er hat erkannt, dass die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung alleine nicht zur Sicherung des Lebensstandards der Bürger im Alter ausreichen werden. Zusätzliche, kapitalgedeckte Vorsorge gewinnt zunehmend an Bedeutung. Der Gesetzgeber hat nun diesen Paradigmenwechsel in der Altersvorsorge, den er vor einigen Jahren mit der Verabschiedung des Altersvermögensgesetzes eingeleitet hat, im Jahr 2007 konsequent weiterverfolgt.

Ein deutliches Signal in dieser Hinsicht war der Beschluss, in der betrieblichen Altersversorgung (bAV) die Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung unbefristet über das Jahr 2008 hinaus zu gewähren.

Im November 2007 hat der Gesetzgeber mit der Verabschiedung der 9. Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG)

für Pensionsfonds die Bedeckungsregelungen bei Pensionsplänen ohne versicherungsförmige Garantie flexibilisiert und so die betriebliche Altersversorgung zusätzlich gestärkt.

Darüber hinaus wird durch eine höhere staatliche Förderung ab 2008 auch die Attraktivität der Riesterrente nochmals gesteigert. Die Grundzulage steigt von 114 Euro auf 154 Euro, die Kinderzulage von bisher 138 Euro auf 185 Euro pro Jahr je kindergeldberechtigtem Kind. Zudem hat der Bundesrat Ende November 2007 zugestimmt, für ab 2008 geborene Kinder die Zulage auf 300 Euro pro Jahr und kindergeldberechtigtem Kind anzuheben.

Durch die Notwendigkeit der eigenverantwortlichen Altersvorsorge und damit einhergehender Maßnahmen des Staates ist das Thema Altersvorsorge wesentlich komplexer geworden. Neben die gesetzliche Rentenversicherung sind zahlreiche, unterschiedlich geförderte und besteuerte Altersvorsorgeprodukte getreten. Damit der Verbraucher in die Lage gesetzt wird, die individuell richtige Entscheidung zu treffen, hat der Gesetzgeber 2007 zur Erreichung einer verbesserten Information und Transparenz sowie zur Stärkung der Verbraucherrechte insgesamt zwei weitreichende Maßnahmen getroffen:

- Er hat das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) grundlegend reformiert. In der Lebens- und Pensionsversicherung entstanden aus den Änderungen vier große Handlungsfelder: Die Informationspflichten durch die Versicherungsunternehmen werden ausgeweitet. Die Rücktrittsrechte nach Verletzungen der vorvertraglichen Anzeigepflichten werden eingeschränkt. Die Rückkaufwerte während der ersten Vertragsjahre werden erhöht. Die Versicherungsnehmer werden verursachungsorientiert an den stillen Reserven beteiligt.
- Das Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts wurde erlassen, um den Verbrauchern eine fachkundige Beratung beim Abschluss von Versicherungen zu garantieren. Erreicht werden soll dies über eine erhöhte Informationspflicht zur Person des Vermittlers, über eine Beratungs- und Dokumentationspflicht sowie einen direkten Schadens-

GESAMTZAHLN DER BRANCHE*

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen, Inland	162,1	+ 0,2 %
Versicherungsleistungen der Erstversicherer	142,9	+ 3,3 %
Kapitalanlagen der Branche	1.112,0	+ 4,2 %

* GDV-Zahlen, Stand November 2007

ersatzanspruch des Kunden gegenüber dem Vermittler, soweit dieser falsch beraten hat. Alle Vermittler müssen eine ausreichende Qualifikation nachweisen und werden in einem zentralen Vermittlerregister registriert. Damit wurden die Anforderungen der EU-Vermittlerrichtlinie in nationales Recht umgesetzt.

Lage der Versicherungsbranche

Vom konjunkturellen Aufschwung der Gesamtwirtschaft profitierte die Versicherungsbranche nur eingeschränkt. Die Zurückhaltung der Bürger im privaten Konsum zeigte sich besonders bei langfristig bindenden Konsumententscheidungen. Dennoch hielt die Branche nach vielen Jahren nachhaltigen Wachstums das erreichte hohe Beitragsniveau.

Die positiven gesamtwirtschaftlichen Impulse wurden durch brancheninterne Einflüsse abgeschwächt. Sowohl im Kfz-Geschäft als auch im industriellen Sachversicherungsmarkt sorgten ein hoher Marktsättigungsgrad und ein intensiver Wettbewerb für stagnierende oder sogar sinkende Beitragseinnahmen. Der Abschluss zahlreicher Verträge zur Altersvorsorge wurde aufgrund der Absenkung des Rechnungszinses ins Jahr 2006 vorgezogen. Die private Krankenversicherung hingegen profitierte vom sinkenden Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherungen, insbesondere bei den Zusatzversicherungen.

Zusammengenommen führte dies zu einem leichten Wachstum der Beitragseinnahmen. Sie nahmen um 0,2 % (2006: 2,4 %) auf 162,1 Mrd. Euro zu.

ENTWICKLUNG DER LEBENSVERSICHERUNGSSPARTE*

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	78,6	+ 0,3 %
Anzahl neuer Verträge	7,7 Mio. Stück	- 9,2 %
Gesamte Neugeschäftsbeiträge	19,1	- 1,6 %

* GDV-Zahlen, Lebensversicherer, Pensionskassen, Pensionsfonds;
Stand Januar 2008

Riesterrente und Basisrente bescheren Lebensversicherern stabile Einnahmen

Deutlich zurückhaltender als in den letzten Jahren waren die Bundesbürger 2007 beim Abschluss von privaten Altersvorsorgeverträgen. Die Versicherungsbranche spürte hier zum einen die wachsende Konkurrenz durch Investmentfonds. Zum anderen begrenzen die nur wenig gestiegenen Realeinkommen den finanziellen Spielraum der Bürger. Sie sparen daher vielfach nur kurzfristig und nicht zweckgebunden für das Alter. Vor allem aufgrund der weiter gestiegenen Nachfrage nach staatlich geförderten Produkten konnte das Niveau der Beitragseinnahmen mit 78,6 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau gehalten werden (plus 0,3 %). Im Geschäftsjahr 2007 wurden 2,1 Mio. neue Riesterversicherungen abgeschlossen – 50.000 mehr als in 2006. Bei der Basisrente (Rüruprente) wurde mit 311.000 neuen Verträgen das Neugeschäft sogar um 79,2 % gesteigert.

Insgesamt haben Rentenversicherungsverträge aufgrund ihrer Attraktivität mittlerweile das größte Gewicht beim Neugeschäft; sie machen nach der Anzahl 33,9 % aus, nach den Beitragseinnahmen sind es sogar gut die Hälfte. Kapitalbildende Lebensversicherungen haben bezogen auf die Anzahl der Verträge nur noch einen Anteil von 12,8 %, 2006 waren es 15,7 %. Der Trend der vergangenen Jahre hin zu Versicherungen gegen Einmalbeitrag bleibt weiterhin bestehen. Ihr Anteil am Neubeitrag betrug in 2007 rund zwei Drittel. Investiert werden größere Geldbeträge aus abgelaufenen Kapitalversicherungen, aber auch aus anderen Anlageformen und aus Erbschaften – ein klares Votum der Bundesbürger für die renditestarken,

ENTWICKLUNG DER KRANKENVERSICHERUNGSSPARTE*

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	29,2	+ 2,5 %
davon Voll- und Zusatzversicherung	27,3	+ 2,6 %
Private Pflegepflichtversicherung	1,9	+ 0,5 %
Ausgezahlte Leistungen	19,0	+ 4,5 %

* GDV-Zahlen, Stand November 2007

garantierten Leistungen der Branche. Sie bauen auf die Kapitalkraft der Versicherer und schätzen die große Flexibilität des Angebotsspektrums. Im Fokus der Nachfrage standen weiterhin auch fondsgebundene Produkte, bei denen die Kunden von den Chancen des Kapitalmarktes profitieren. Ein Zuwachs von 39,3 % bezogen auf den Neubeitrag verdeutlicht das Vertrauen der Kunden in die Professionalität von Anlage- und Risikomanagement der Versicherungsunternehmen.

Betriebliche Altersversorgung bleibt auf Wachstumskurs

Die betriebliche Altersversorgung gab der Lebensversicherung weiterhin einen positiven Impuls. Bei Direktversicherungen und Pensionskassen hat die Ankündigung, die Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung auf Dauer beizubehalten, zu einem erfreulichen Wachstum geführt. Pensionsfonds profitierten von den Anpassungen durch die 7. VAG-Novelle, durch die die von vielen Unternehmen gewünschte Auslagerung von Pensionsverpflichtungen gemäß internationalen Standards bei bilanzkonformer Liquiditätsbelastung möglich wurde.

Private Krankenversicherung profitiert von Lücken der gesetzlichen Krankenversicherung

Einzige Sparte mit einem deutlichen Beitragszuwachs ist die private Krankenversicherung: Ihre Einnahmen stiegen um 2,5 % auf 29,2 Mrd. Euro. Der Anstieg resultierte unter anderem aus dem guten Neugeschäft mit Krankenzusatzversicherungen. Das ist eine deutliche Reaktion der gesetzlich Krankenversicherten auf die Einschnitte des Gesetzgebers in den Leistungskatalog der Krankenkassen. Im ersten Halbjahr 2007

ENTWICKLUNG DER SCHADEN- UND UNFALLVERSICHERUNG*

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	54,8	- 0,4 %
davon Kraftfahrt	20,8	- 1,8 %
Allgemeine Haftpflicht	6,9	+ 0,5 %
Unfallversicherung	6,3	+ 1,0 %
Rechtsschutzversicherung	3,1	+ 2,5 %
Sachversicherung	14,2	- 0,5 %
Ausgezahlte Leistungen	43,1	+ 8,3 %

* GDV-Zahlen, Stand Dezember 2007

verkaufte die Branche rund 645.000 neue Zusatzversicherungen. Zum Vergleich: 2006 wuchs der Bestand an Zusatzversicherten um 1,3 Millionen Personen.

Für die private Krankenvollversicherung ist es durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz 2007 noch einmal schwieriger geworden, neue Kunden zu gewinnen. Bereits seit dem Jahr 2003, als der Gesetzgeber die Versicherungspflichtgrenze deutlich an hob, nahm die Zahl der Neukunden Jahr für Jahr weiter ab. Im Februar 2007 ist die Hürde für einen Wechsel noch einmal höher gelegt worden: Für freiwillig gesetzlich versicherte Angestellte ist ein Wechsel in die private Krankenvollversicherung nun erst dann möglich, wenn ihr Einkommen drei aufeinander folgende Jahre über der Versicherungspflichtgrenze gelegen hat. Die Konsequenz: Der Nettoneuzugang ging um fast ein Viertel auf 37.700 Personen zurück.

Kompositversicherer von Orkan Kyrill betroffen

Ein leicht gebremster Rückgang der Beitragseinnahmen gepaart mit einer negativen Schadenentwicklung prägte das Geschäftsjahr der Schaden- und Unfallversicherer. Der Orkan Kyrill im Januar 2007 blieb das bestimmende Ereignis im Schadenbereich. Vor allem in den Ergebnissen der Sachversicherungen, speziell in den Sparten Hausrat und Wohngebäude sowie bei der Kfz-Kaskoversicherung, hinterließ er tiefe Spuren. Die Branche zeigte hier auf eindrucksvolle Weise ihre Leistungsfähigkeit. Innerhalb kürzester Zeit wickelte sie rund

2,4 Mio. Einzelschäden ab und zahlte 2,4 Mrd. Euro an ihre Kunden. Kyrill ist damit das teuerste Einzelereignis in der Geschichte der deutschen Versicherungswirtschaft. Insgesamt stiegen die Schadenleistungen der Sparte um 8,3 % auf 43,1 Mrd. Euro an. Die Beitragseinnahmen sanken leicht um 0,4 % (2006: minus 0,7 %) auf 54,8 Mrd. Euro. Die Folge: Der versicherungstechnische Gewinn reduzierte sich deutlich von 4,6 Mrd. Euro auf 0,6 Mrd. Euro.

Kfz-Versicherer bremsen Rückgang der Beitragseinnahmen

Im Kraftfahrtgeschäft, das 38 % zu den Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherer beiträgt und damit die größte Einzelsparte ist, machte sich ein Umdenken bei der Prämiengestaltung für Privatkunden und die günstige gesamtwirtschaftliche Lage positiv bemerkbar. Während 2006 die Beitragseinnahmen noch um 3,6 % zurückgingen, halbierte sich 2007 dieses Minus auf 1,8 %. Insgesamt verzeichnete die Kfz-Sparte Beitragseinnahmen in Höhe von 20,8 Mrd. Euro. Trotzdem reichte es für die Versicherer in der Kfz-Sparte nicht zu einem versicherungstechnischen Gewinn. Denn der Orkan Kyrill sorgte auf der Schadenseite dafür, dass sich der seit Jahren anhaltende Rückgang der Schadenleistungen umkehrte. 2006 gingen sie noch um 0,9 % zurück, 2007 stiegen die Schadenaufwendungen dagegen um 2,9 %. Insgesamt liegt das versicherungstechnische Ergebnis dieser Sparte deshalb erstmals seit 2002 wieder bei einem Verlust.

Sachversicherungen weiterhin im Minus

Der negative Trend in der Beitragsentwicklung bei den Sachversicherungen hielt weiter an, vor allem in den Privatkundensegmenten und in der Industriellen Sachversicherung. Gab es hier im Jahr 2006 noch Zuwächse, so gingen 2007 die Beitragseinnahmen zurück. Die Ursache: In der Industriellen Sachversicherung und in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung führte ein intensiver Preiswettbewerb zu Beitragssenkungen, in der Hausratversicherung wirkte sich eine Beitragsanpassungsklausel in den Verträgen mindernd auf die Beitragseinnahmen aus. Insgesamt sanken sie in den Sachversicherungen um 0,5 % auf 14,2 Mrd. Euro.

Auf der Schadenseite überlagerte Kyrill alle anderen Faktoren und führte zu einem Anstieg der Schadenaufwendungen um 26,6 % auf 12,3 Mrd. Euro – alleine in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung stiegen die Schadenaufwendungen um rund 55 %, in den gewerblichen Sachversicherungen um 35 %. Das versicherungstechnische Ergebnis ging dadurch das dritte Jahr in Folge zurück und liegt sehr deutlich unter dem Plus von 1,1 Mrd. Euro des Jahres 2006.

R+V im Markt

Rentenversicherungsbericht 2007

Ende November 2007 hat die Bundesregierung turnusgemäß den jährlichen Rentenversicherungsbericht vorgelegt.

Danach sinkt das Sicherungsniveau vor Steuern von 51,0 % im Jahr 2007 bis auf 46,2 % im Jahr 2021.

Für das Jahresende 2007 wird die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenkasse auf lediglich 0,7 Monatsausgaben geschätzt. Positive Effekte, wie die gute konjunkturelle Entwicklung und die Anhebung des Beitragsatzes von 19,5 % auf 19,9 % zum 1. Januar 2007 sind bereits in die Schätzung eingeflossen.

Am 1. Juli 2006 betrug die durchschnittliche monatliche Zahlung aus der gesetzlichen Rentenkasse für Männer 964 Euro, für Frauen 519 Euro. Hierbei sind auch Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit berücksichtigt.

Da die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung die Einnahmen überstiegen, musste der Bund im Jahr 2006 etwa 60 Mrd. Euro Zuschüsse leisten.

Schon allein aus diesen wenigen Eckdaten wird deutlich, dass die gesetzliche Rente der Ergänzung durch die private Altersvorsorge und die betrieblichen Altersversorgung bedarf. Zu dieser Schlussfolgerung kommt auch die Bundesregierung, wenn sie im Rentenversicherungsbericht 2007 schreibt: „Der

Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern macht deutlich, dass die gesetzliche Rente zukünftig alleine nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen. In Zukunft wird der erworbene Lebensstandard nur erhalten bleiben, wenn die finanziellen Spielräume des Alters-einkünftegesetzes und die staatliche Förderung genutzt werden, um eine zusätzliche Vorsorge aufzubauen.“

Altersvorsorge macht Schule

Unter diesem Motto hat sich eine Initiative gegründet, die den Bürgern über bundesweite Kursangebote an über 500 Volkshochschulen die Notwendigkeit eigenverantwortlicher Ergänzung der staatlichen Altersvorsorge nahe bringen will. Getragen wird die Initiative von einem breiten Bündnis aus der Bundesregierung, dem Deutschen Volkshochschul-Verband e.V., der Deutschen Rentenversicherung, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Dachverband der deutschen Verbraucherzentralen.

Auch dies zeigt:

- Altersvorsorge ist eines der großen Themen, welche die Deutschen bewegen.
- Die Notwendigkeit eigenverantwortlicher, zusätzlicher Altersvorsorge wird quer über alle Gesellschaftsschichten akzeptiert.
- Der Beratungsbedarf ist hoch.
- Ergänzende Altersvorsorge ist der Markt der Zukunft.

Altersvorsorge als Auftrag

Als Kompetenzzentrum für Vorsorgen und Versichern im genossenschaftlichen FinanzVerbund sieht sich R+V insbesondere gegenüber den Volks- und Raiffeisenbanken und deren Kunden in der Pflicht, optimalen Versicherungsschutz und passgenaue, moderne Vorsorgelösungen anzubieten. R+V verfügt daher über ein breites Spektrum bedarfsgerechter Produkte für alle Kunden.

Die Produktpalette reicht dabei von reinen Risikoversicherungen, wie z.B. der Risikolebensversicherung oder der Berufsun-

fähigkeitszusatzversicherung, bis zu Möglichkeiten der Absicherung der Langlebigkeit durch Rentenversicherungen. In der betrieblichen Altersversorgung bietet R+V alle fünf Durchführungswegen an.

Einzelvertragliche Gestaltungen bietet R+V ebenso wie die Absicherung im Rahmen von Gruppenverträgen wie beispielsweise im Versorgungswerk MetallRente.

Das Produktportfolio bietet klassische Garantieprodukte und alle staatlich geförderten Produkte genauso wie eher chancenorientierte fondsgebundene Versicherungen. Spezielle Produkte exklusiv für Mitglieder von Genossenschaften runden das Angebot ab.

Enge Zusammenarbeit im genossenschaftlichen FinanzVerbund

Garant für die Wahrnehmung des Auftrags der R+V als Vorsorgespezialist im Verbund ist die ständige, enge Zusammenarbeit mit den Volks- und Raiffeisenbanken.

Gewährleistet wird dies auf Managementebene durch gemeinsame Gremien zur Abstimmung der Vertriebsziele und Produkte. Außerdem wird R+V dabei durch regionale Beiräte aus dem genossenschaftlichen Bereich unterstützt.

Auf Mitarbeiterebene gibt es einen ständigen Austausch zwischen dem Außendienst der R+V und den zuständigen Bankmitarbeitern. Gemeinsame Schulungen und Weiterbildungen sowie Selbstlernprogramme stellen einen gleichbleibend hohen Qualitätsstandard in der Beratung sicher.

Computerbasierte Beratungsprogramme vereinfachen das Arbeiten ebenso wie die Möglichkeit, einen Antrag am Point of Sale abschließend annehmen und policieren zu können.

Eine Vernetzung der elektronischen Unterstützungs- und Informationssysteme sorgt für aktuelle Informationen und jederzeitige Verfügbarkeit der Beratungstools am Vertriebsarbeitsplatz.

Modernes Verwaltungssystem erleichtert Erfolg und Service

R+V entwickelt derzeit ein leistungsfähiges Bestandsführungssystem. Damit werden seit 2002 schrittweise die verschiedenen alten Bestandsführungssysteme der R+V abgelöst und die Bestände in ein einziges System übertragen. R+V ist damit in der Lage, schnell und flexibel auf neue Anforderungen des Gesetzgebers und des Marktes zu reagieren. Auch müssen Schnittstellenänderungen zu den zentralen Systemen der R+V nur einmal umgesetzt werden. Dadurch werden Wartungs- und Weiterentwicklungskosten eingespart. Durch einheitliche Benutzeroberflächen und Dialoge wird die Sachbearbeitung einfacher und der Service gegenüber den Kunden weiter optimiert.

Das Projekt hat im August 2007 einen wichtigen Meilenstein erreicht. Über eine Million Rentenverträge wurden erfolgreich auf das neue System übertragen.

Umsetzung der Vermittlerrichtlinie

Durch die frühzeitige Umsetzung der Vermittlerrichtlinie wird die gute Zusammenarbeit zwischen den Volks- und Raiffeisenbanken und R+V eindrucksvoll unterstrichen.

Um den erhöhten Anforderungen an die Transparenz der Beratung Genüge zu tun, hat R+V Beratungsprotokolle entwickelt und schon sehr früh mit ausgewählten Pilotbanken getestet. Dabei hat sich diese Lösung als sehr praktikabel erwiesen. Sämtliche Beratungsprotokolle sind nun in die den Banken zur Verfügung stehenden Beratungstools technisch integriert und erweisen sich als hilfreich beim Verkauf.

Hinsichtlich der verschärften Vermittlerhaftung – der Kunde hat nun einen direkten Schadenersatzanspruch gegen den Vermittler für den Fall der Falschberatung – hat R+V folgende Lösung geschaffen: Für Banken, die ausschließlich für R+V vermitteln, übernimmt R+V eine uneingeschränkte Haftungsfreistellung im Außenverhältnis. Mehrfach vermittelnde Banken können die Haftungsrisiken über eine Versicherungspolice der R+V absichern.

Bis zum 1. Januar 2009 müssen alle gewerblich tätigen Versicherungsvermittler im zentralen Vermittlerregister gemeldet sein. Für ausschließlich für R+V vermittelnde Banken übernimmt R+V die Registrierung. Mehrfach vermittelnde Banken müssen eigenständig eine gewerberechtliche Erlaubnis bei der für sie zuständigen Industrie- und Handelskammer beantragen. Dabei unterstützt R+V die Banken soweit wie möglich.

Umsetzung der VVG-Reform

Mit einem konzernweit hohen Aufwand hat sich R+V auf die Umsetzung der VVG-Reform zum 1. Januar 2008 vorbereitet. Tarife, Bedingungswerke, Dokumente, Akquise-, und Geschäftsprozesse sowie die Vergütungssystematik sind auf die veränderten Anforderungen ausgerichtet.

Der Antragsprozess ist künftig nach dem sogenannten Antragsmodell gestaltet: Der Kunde erhält zuerst alle Unterlagen, anschließend wird der Antrag aufgenommen. Nach der Antragsbearbeitung wird die Police versandt und der Vertrag kommt zustande.

In der Überschussystematik wurde erstmals explizit eine Beteiligung an den Bewertungsreserven im Unternehmen eingeführt. Mit ihrer stark überdurchschnittlich hohen Finanzkraft kann sich die R+V Lebensversicherung a. G. diesbezüglich im Marktumfeld positiv hervorheben.

Die technische Umsetzung und die notwendigen Schulungsmaßnahmen sind weitestgehend abgeschlossen. R+V ist somit auf das Jahr 2008 sehr gut vorbereitet und hält für alle Problemfelder, die sich aus der Reform ergeben können, adäquate Lösungskonzepte vor.

Für das Geschäftsjahr 2008 verbleibt insbesondere die Umsetzung der Informationspflichtenverordnung.

Geschäftsverlauf der R+V Lebensversicherung a. G.

Geschäftsverlauf im Überblick

Für die R+V Lebensversicherung a. G. verlief das Geschäftsjahr 2007 erwartungsgemäß.

Im Neugeschäft wirkte sich der Trend zu staatlich geförderten Rentenprodukten und Versicherungen gegen Einmalbeitrag dämpfend aus. Mit 4,8 Mio. Euro laufendem Beitrag sank das Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. Euro ab. Die Gesellschaft bietet traditionell für das gehobene Privatkundengeschäft klassische Vorsorgeprodukte gegen laufenden Beitrag an.

Der gebuchte Beitrag ging um 5,9 % auf 149,5 Mio. Euro zurück.

Im Bestand sank der laufende Beitrag für ein Jahr um 6,1 % auf 148,7 Mio. Euro. Die Entwicklung der Bestandsstückzahlen wird weiterhin von starken Abschmelzungen im Bestand an Restkreditversicherungen dominiert. Insgesamt war ein Rückgang um 23,2 % auf 96,2 Tsd. Verträge zu verzeichnen.

Die Stornoquote blieb unverändert bei 1,9 % und liegt damit wie in den Vorjahren weit unter dem Branchendurchschnitt.

Im Geschäftsjahr 2007 erbrachte die R+V Lebensversicherung a. G. Leistungen in Höhe von 203,7 Mio. Euro zu Gunsten der Versicherungsnehmer.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen betrug 63,8 Mio. Euro. Aufgrund eines niedrigeren außerordentlichen Ergebnisses bei den Kapitalanlagen erreichte die Nettoverzinsung mit 4,7 % den Vorjahreswert nicht. Die gemäß der Verbandsformel berechnete laufende Durchschnittsverzinsung stieg hingegen von 4,9 % im Vorjahr auf 5,5 % an.

Der Rohüberschuss von 26,3 Mio. Euro und die freie RfB von 74,7 Mio. Euro sind Beleg für die Finanzkraft und Leistungsfähigkeit der R+V Lebensversicherung a. G. Sie bilden für die ver-

Geschäft und
Rahmenbedingungen /
Geschäftsverlauf der
R+V Lebensversicherung a. G.

vertrauensvolle Partnerschaft zwischen der R+V Lebensversicherung a. G. und ihren Mitgliedern die verlässliche gemeinsame Basis.

R+V Lebensversicherung a. G.: Finanzkraft und Service

Mit einer schlanken Verwaltung und mit einem modernen Asset-Liability-Management trägt R+V der überragenden Bedeutung einer auf langfristige Solidität ausgerichteten Unternehmenspolitik Rechnung. Methodik, Organisation und Prozesse sind so eingerichtet, dass eine optimale Versorgung der Unternehmensleitung mit Informationen für eine effiziente Unternehmenssteuerung jederzeit sichergestellt ist.

Es verwundert daher nicht, dass die R+V Lebensversicherung a. G. auch im Geschäftsjahr 2007 alle verlangten Stress-Tests erfolgreich absolviert hat.

Alle Verpflichtungen waren durch entsprechende Kapitalanlagen des gebundenen Vermögens zu jedem Zeitpunkt im Geschäftsjahr 2007 zu Buch- wie auch zu Zeitwerten vollständig bedeckt.

Hohe Finanzkraft trifft bei R+V auf konsequente Serviceorientierung. Die R+V Lebensversicherung a. G. gehört zu den Versicherungsunternehmen mit den niedrigsten Beschwerdequoten bei der Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Dies ist Ausdruck für die Zufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Gesellschaft.

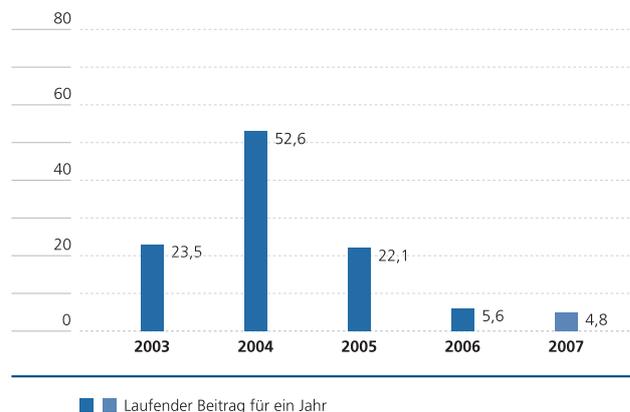
Entwicklung des Versicherungsgeschäftes

Neuzugang

Erwartungsgemäß war das Neugeschäft im Jahr 2007 verhalten. Die R+V Lebensversicherung a. G. hat sich auf klassische Renten- und Risikoversicherungen gegen laufenden Beitrag im gehobenen Privatkundensegment spezialisiert. Auch in dieser Kundengruppe gab es 2007 einen Trend hin zu staatlich geförderten Produkten oder Versicherungen gegen Einmalbeitrag. Daher wurden 2007 insgesamt nur 709 neue Verträge ab-

NEUZUGANG – GESAMTER BEITRAG

in Mio. Euro



geschlossen. Den größten Anteil daran hatten die Rentenversicherungen mit 551 neuen Verträgen.

Der laufende Beitrag des Neugeschäfts erreichte 4,8 Mio. Euro. Darunter hat sich der Neubeitrag für Risikoversicherungen mehr als verdoppelt und erreichte 0,1 Mio. Euro.

Versicherungsbestand

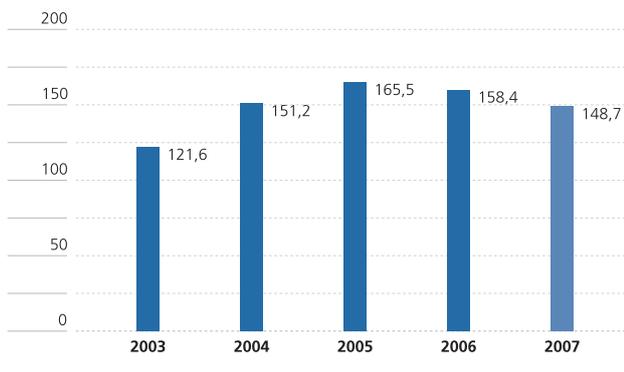
Zum Bilanzstichtag umfasste der Bestand der R+V Lebensversicherung a. G. 96 Tsd. Verträge mit einem jährlichen laufenden Beitrag von 148,7 Mio. Euro.

Stückzahlseitig hatten die Restkreditversicherungen mit 48 Tsd. Verträgen den größten Anteil, gefolgt von den 36 Tsd. kapitalbildenden Versicherungen und den Rentenversicherungen mit 11 Tsd. Verträgen.

Bezogen auf den jährlichen laufenden Beitrag haben die Rentenversicherungen mit 78,8 Mio. Euro den größten Anteil am Bestand. Danach kommen mit 67,5 Mio. Euro die kapitalbildenden Versicherungen. Aufgrund des hohen Anteils an Einmalbeiträgen hat der stückzahlmäßig starke Bestand an Restkreditversicherungen bezogen auf den Bestandsbeitrag mit 2,0 Mio. Euro nur geringes Gewicht.

VERSICHERUNGSBESTAND – LAUFENDER BEITRAG FÜR EIN JAHR

in Mio. Euro



Eine Übersicht über die Bewegung und Struktur des Bestandes ist in Anlage 1 zum Lagebericht auf den Seiten 26 bis 29 dargestellt. Alle im Geschäftsjahr 2007 betriebenen Versicherungsarten – untergliedert nach Versicherungsformen – sind in der Anlage 2 zum Lagebericht auf Seite 30 aufgeführt.

Leistungen zu Gunsten der Versicherungsnehmer

Im Jahr 2007 erbrachte die R+V Lebensversicherung a. G. zu Gunsten der Versicherungsnehmer Leistungen in Höhe von 203,7 Mio. Euro: In Form von Versicherungsleistungen, Rückkaufsleistungen und Überschüssen wurden davon 100,4 Mio. Euro ausgezahlt. Zur Bedeckung künftiger Leistungsverpflichtungen wurden Rückstellungen in Höhe von 103,3 Mio. Euro gebildet.

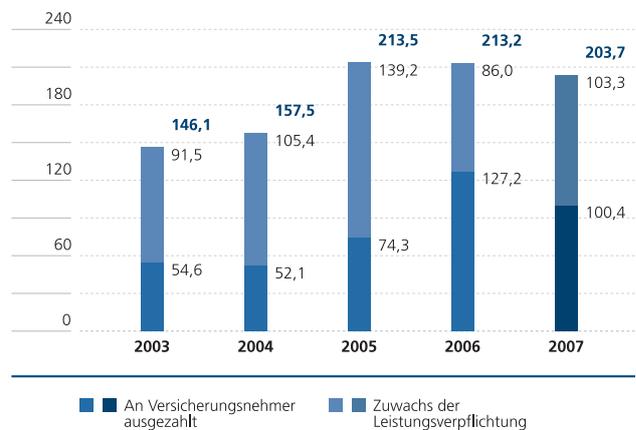
Ertragslage**Beiträge**

Im Geschäftsjahr 2007 betrug die Beitragseinnahme insgesamt 149,5 Mio. Euro. Das sind 5,9 % weniger als im Vorjahr.

Der Anteil der Beiträge für Rentenversicherungen stieg dabei auf 52,2 %. Auf kapitalbildende Versicherungen entfielen

VERSICHERUNGSLEISTUNGEN

in Mio. Euro



46,3 %. Der Rest verteilt sich auf Restkredit- und Risiko-lebensversicherungen.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Nach dem Ausnahmejahr 2006 mit besonders zahlreichen Versicherungsabläufen reduzierten sich die Aufwendungen für Versicherungsfälle im Geschäftsjahr 2007 um 20,4 % auf 84,3 Mio. Euro. Die Leistungen für Abläufe verminderten sich auf 71,8 Mio. Euro, die Aufwendungen für Rückkäufe gingen um 13,4 % auf 8,9 Mio. Euro zurück. Für vorzeitige Versicherungsfälle leistete die R+V Lebensversicherung a. G. 2,4 Mio. Euro. Auf Rentenleistungen an die Mitglieder entfielen 1,1 Mio. Euro.

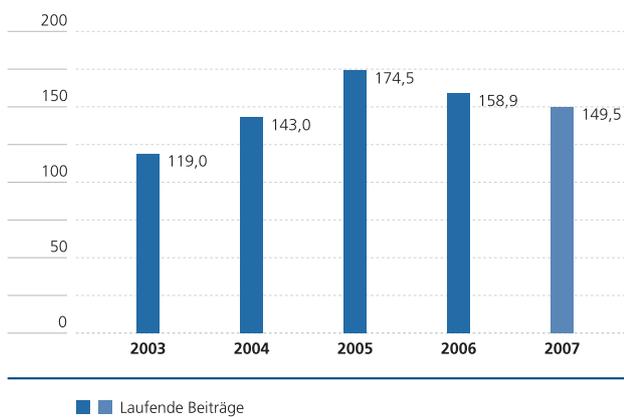
Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Geschäftsjahr 2007 wurde in der zweiten Hälfte von den – durch die Subprimekrise in den USA ausgelösten – Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten geprägt. Die Auswirkungen betrafen die R+V Lebensversicherung a. G. nicht direkt, da sie nicht im Subprimesegment investiert ist. Anlagen in Asset Backed Securities (ABS) nahmen bei der R+V Lebensversicherung a. G. mit einem Marktwert in Höhe von 25,6 Mio. Euro einen Anteil von 1,7 % der gesamten Kapitalanlagen ein und verfügten hauptsächlich über gute bis sehr gute

Geschäftsverlauf der
R+V Lebensversicherung a. G. /
Ertragslage

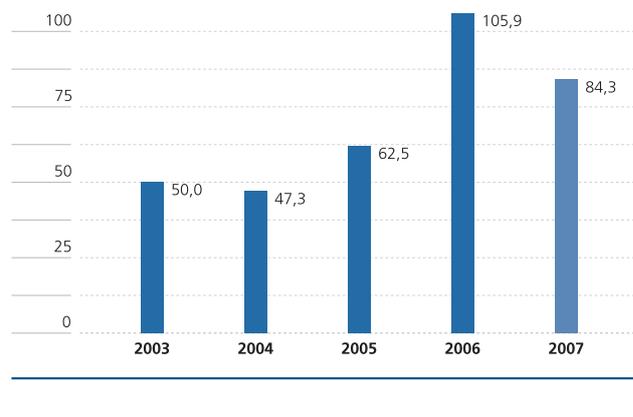
GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE

in Mio. Euro



AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE

in Mio. Euro



Bonitätsbewertungen. Kapitalausfälle waren deshalb nicht zu verzeichnen.

Das ordentliche Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 74,4 Mio. Euro. Es setzte sich zusammen aus ordentlichen Erträgen in Höhe von 76,0 Mio. Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1,6 Mio. Euro, in denen auch die planmäßigen Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von 0,3 Mio. Euro enthalten waren. Die gemäß der Verbandsformel berechnete laufende Durchschnittsverzinsung lag mit 5,5 % aufgrund deutlich gesteigener Fondsausschüttungen über dem Vorjahresniveau von 4,9 %.

Aufgrund der positiven Wertentwicklung insbesondere von Aktien konnten Zuschreibungen in Höhe von 1,3 Mio. Euro als Wertaufholung von Abschreibungen früherer Geschäftsjahre vorgenommen werden. Darüber hinaus realisierte die R+V Lebensversicherung a. G. durch den Verkauf von Wertpapieren und Anteilen an verbundenen Unternehmen bzw. Beteiligungen Veräußerungsgewinne in Höhe von 0,4 Mio. Euro.

Verluste durch Verkäufe von Kapitalanlagen entstanden in Höhe von 0,2 Mio. Euro. Aus den Marktwertänderungen bei Rentenpapieren, die sich aus der Zinsentwicklung sowie als

indirekte Folge der Subprimekrise aus der Spreadentwicklung ergaben, resultierte ein Abschreibungsbedarf in Höhe von 12,1 Mio. Euro. Davon entfielen 1,2 Mio. Euro auf währungsbedingte Abschreibungen. Das außerordentliche Ergebnis ergab ein Minus von 10,6 Mio. Euro.

Das Nettoergebnis der Kapitalanlagen betrug 63,8 Mio. Euro. Mit 4,7 % lag die Nettoverzinsung wegen des gesunkenen außerordentlichen Ergebnisses unter der Nettoverzinsung des Vorjahres von 5,3 %.

Kosten

Im Geschäftsjahr 2007 konnten die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb weiter gesenkt werden. Die Abschlusskosten wurden um 0,4 Mio. Euro auf 2,7 Mio. Euro gesenkt. Zusammen mit der Beitragssumme des Neugeschäfts von 71,3 Mio. Euro ergab sich damit ein sehr guter Abschlusskostensatz von 3,7 %.

Die Verwaltungsaufwendungen konnten um 0,2 Mio. Euro auf 3,4 Mio. Euro abgesenkt werden. Der Verwaltungskostensatz liegt damit gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 2,3 %.

Rechnungsgrundlagen

Lebensversicherungsunternehmen sind gesetzlich verpflichtet, in der Kalkulation vorsichtige Annahmen bezüglich Zins, Biometrie sowie Kosten zu treffen. Entstehende Überschüsse werden in Form der Überschussbeteiligung weitestgehend an die Versicherungsnehmer weitergegeben.

Untersuchungen – unter anderem der deutschen Aktuarvereinigung (DAV) – haben ergeben, dass die biometrischen Risikoverläufe, das heißt die Sterblichkeiten und die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, bei Männern und Frauen unterschiedlich sind. So haben Männer beispielsweise eine niedrigere Lebenserwartung als Frauen. Die DAV veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Untersuchungen auf ihrer Homepage im Internet in Form von sogenannten Sterbe- und Invalidisierungstafeln.

Die R+V Lebensversicherung a. G. berücksichtigt die unterschiedlichen Risikoverläufe durch die Verwendung geeigneter, geschlechtsspezifischer Rechnungsgrundlagen.

Die wesentlichen Überschussquellen

Zins-, Risiko- und Kostenergebnis bildeten die wesentlichen Quellen des Gesamtüberschusses. Alle drei Ergebnisquellen waren im Berichtsjahr positiv.

Wie in den Vorjahren stellte das Zinsergebnis die größte Überschussquelle dar.

Wegen der vorsichtigen Einschätzung der Sterblichkeit und anderer Risiken war die zweitwichtigste Überschussquelle der Risikoüberschuss, der gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen ist.

Als drittgrößte Quelle floss in den Überschuss das Kostenergebnis ein, da die vorgesehenen Mittel zur Deckung der Kosten im Geschäftsjahr nicht in vollem Umfang benötigt wurden.

Der Überschuss und seine Verwendung

Die R+V Lebensversicherung a. G. erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2007 nach Steuern einen Rohüberschuss in Höhe von 26,3 Mio. Euro.

Davon wurden 23,8 Mio. Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt und stehen somit für die Überschussbeteiligung in künftigen Jahren zur Verfügung. Die Verlustrücklage wurde um 2,5 Mio. Euro gestärkt.

Überschussbeteiligung

Durch die Überschussbeteiligung werden die Versicherungsnehmer entstehungsgerecht und zeitnah an allen erwirtschafteten Überschüssen beteiligt.

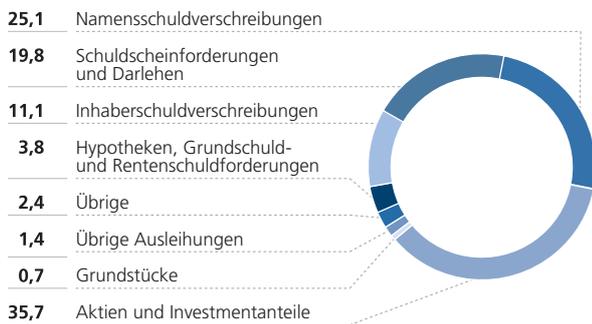
Durch eine von Kontinuität geprägte Anlagepolitik und sorgfältige Risikoprüfung konnte sichergestellt werden, dass die Überschussbeteiligung der R+V Lebensversicherung a. G. auch im Jahr 2008 auf einem überdurchschnittlichen Niveau liegt. Die laufende Überschussbeteiligung bleibt in allen Überschussverbänden unverändert.

Im Geschäftsjahr 2008 werden die Versicherungsnehmer von kapitalbildenden Versicherungen und Rentenversicherungen bei Auszahlung bzw. Rentenübergang nunmehr explizit an den Bewertungsreserven beteiligt. Der Stand der Bewertungsreserven im Unternehmen kann unterjährig aufgrund von Änderungen am Kapitalmarkt stark schwanken. Um dem Ziel der Kontinuität bei den Auszahlungen Rechnung zu tragen, deklariert R+V die Beteiligung an den Bewertungsreserven bis zu einem bestimmten Niveau ein Jahr im Voraus. Damit ist die Beteiligung unabhängig vom tatsächlichen Stand der Bewertungsreserven bis zu einem Mindestniveau gesichert.

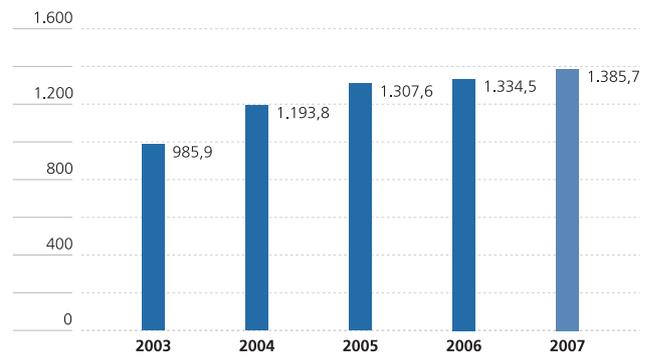
Die für das Versicherungsjahr 2008 deklarierten Überschussanteilsätze sind auf den Seiten 51 – 59 aufgeführt.

STRUKTUR DER KAPITALANLAGEN

in %

**KAPITALANLAGEN***

in Mio. Euro



* ohne fondsgebundene Versicherungen

Finanzlage

Die R+V Lebensversicherung a. G. verfügte zum 31. Dezember 2007 über ein Eigenkapital in Höhe von insgesamt 18,4 Mio. Euro (Vorjahr: 15,9 Mio. Euro). Es bestand vollständig aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultierte aus der Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2007.

Das Eigenkapital der R+V Lebensversicherung a. G. ist wesentliche Voraussetzung zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen, insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehende Neuausrichtung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen im Zuge der Einführung von Solvency II.

Die R+V Lebensversicherung a. G. konnte im Geschäftsjahr jederzeit ihre Auszahlungsverpflichtungen erfüllen. Anhaltspunkte für eine künftige Liquiditätsgefährdung sind nicht erkennbar.

Vermögenslage

Die Kapitalanlagen der R+V Lebensversicherung a. G. erhöhten sich um 3,8 % bzw. 51,2 Mio. Euro. Damit wurde zum 31. Dezember 2007 ein Bestand von 1.385,7 Mio. Euro erreicht.

Die R+V Lebensversicherung a. G. erwarb Anteile an einem Immobilienfonds. Des Weiteren erhöhte sie ihren Aktienbestand, so dass die durchgerechnete Aktienquote auf Marktwertbasis von 16,3 % im Vorjahr auf 18,5 % anstieg.

Das Reserveniveau wurde im Geschäftsjahr durch zwei gegenläufige Entwicklungen beeinflusst. Aufgrund ihres Aktienengagements partizipierte die R+V Lebensversicherung a. G. an der Aktienkursentwicklung durch eine Stärkung der Reserven bei dieser Anlagekategorie, die aber die Marktwertverluste der Zinstitel aufgrund der Lage auf den Rentenmärkten nur teilweise kompensieren konnte. Zum Bilanzstichtag verfügte die R+V Lebensversicherung a. G. bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen über eine Reservequote von 5,7 %. In der Berechnung dieses Wertes wurden erstmalig auch die Reserven auf zum Nennwert bilanzierte Kapitalanlagen einbezogen.

Die Bedeckung der versicherungstechnischen Passiva durch das Sicherungsvermögen sowie das sonstige gebundene Vermögen war sowohl zu Buch- als auch zu Zeitwerten jederzeit gewährleistet.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben die internationalen Kapitalmärkte erhebliche Verwerfungen und eine deutliche Zunahme der Volatilitäten gezeigt. Die R+V Lebensversicherung a. G. hat die sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Anlageportfolio analysiert und beispielsweise gezielte Absicherungsmaßnahmen ergriffen, um die daraus erwachsenden Risiken zu begrenzen.

Darüber hinaus sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres zu verzeichnen.

Risikobericht

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der R+V Lebensversicherung a. G. ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Es umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen.

Ein über alle Gesellschaften der R+V implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zum Umgang mit Risiken fest und ist Grundlage für ein zentrales Frühwarnsystem. Auf Basis verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte erfolgt vierteljährlich eine aktualisierte Indexbewertung aller bedeutenden Risiken der R+V in einer Datenbank. Bei Überschreitung eines bestimmten Indexwertes werden Maßnahmen eingeleitet.

Durch die regelmäßig stattfindende Risikokonferenz und das zentrale Risikoberichtswesen an den Vorstand ist gewährleistet, dass Risiken der künftigen Entwicklung rechtzeitig identi-

fiziert, beurteilt und kontrolliert werden. Bei Existenz gefährdenden Veränderungen von Risiken sind Ad-hoc-Meldungen an das zuständige Vorstandsmitglied und den Leiter der Risikokonferenz vorgesehen.

Gegenstand der Betrachtung im Risikomanagementprozess sind versicherungstechnische Risiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Kapitalanlagerisiken, operationelle Risiken sowie globale und strategische Risiken.

Einmal jährlich findet eine sogenannte Risikoinventur statt. Gegenstand der Risikoinventur ist die Überprüfung und Dokumentation sämtlicher Einzel- und Kumulrisiken. Außerdem findet auch eine Überprüfung aller verwendeten Indikatoren und Schwellenwerte statt.

Im Risikohandbuch sind neben den Grundsätzen des Risikomanagements und der Steuerung der Risikoarten umfangreiche Darstellungen zu Methoden, Prozessen und Verantwortlichkeiten dokumentiert.

Die interne Überwachung der Regelungen zum Risikomanagementsystem wird insbesondere hinsichtlich ihrer Wirksamkeit durch die Interne Revision geprüft. Die Umsetzung der hieraus abgeleiteten Maßnahmen wird durch die Interne Revision im Rahmen eines Follow-up nachgehalten.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnische Risikosituation eines Lebensversicherungsunternehmens ist maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien für den Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen. Zur Sicherung der Erfüllbarkeit aller Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen werden Rückstellungen gebildet. Die Berechnung dieser Rückstellungen basiert auf Annahmen über die künftige Entwicklung der biometrischen Risiken (Sterblichkeit, Berufsunfähigkeit usw.), der Kapitalerträge und der Kosten. Die Gefahr, dass sich die Rechnungsgrundlagen im Lauf der Zeit verändern, wird bei der R+V Lebensversicherung a. G. durch

eine sorgfältige Produktentwicklung und aktuarielle Controlingsysteme beherrschbar gemacht. Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die Rechnungsgrundlagen neben der gegenwärtigen Risikolage auch einem möglichen Änderungsrisiko standhalten. Bei kapitalbildenden Versicherungen und Risikoversicherungen – Versicherungen mit Todesfallschutz – werden zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen abhängig vom Vertragsbeginn die Sterbetafeln ADSt 1960/62 mod, ADSt 1986, DAV 1994 T sowie die unternehmensindividuelle Tafel R+V 2000 T verwendet. Laufende Auswertungen des Versicherungsbestandes zeigen bei allen verwendeten Sterbetafeln für das Todesfallrisiko ein angemessenes Sicherheitsniveau, das den Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung entspricht.

Die R+V Lebensversicherung a. G. verwendet für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen bei Rentenversicherungen mit Versicherungsbeginn ab 2005 die Rentensterbetafel DAV 2004 R. Dies ist aufsichtsrechtlich für Neuverträge als angemessen anzusehen.

Aufgrund der zu erwartenden höheren Lebenserwartung wurde gemäß den Empfehlungen der DAV für den Bestand zum 31. Dezember 2007 für Rentenversicherungen mit Beginnen bis einschließlich 2004 erneut eine zusätzliche Zuführung zur Deckungsrückstellung vorgenommen. Neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung oder die von der DAV empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen können zu weiteren Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen. Insgesamt kann durch die Maßnahmen im Rentenbestand von einem stabilen Sicherheitsniveau ausgegangen werden.

Aufgrund der Urteile des Bundesgerichtshofes vom 12. Oktober 2005 zur Ersetzung unwirksamer Klauseln in den Allgemeinen Bedingungen der kapitalbildenden Lebensversicherung im Treuhänderverfahren nach § 172 VVG wurden Maßnahmen abgeleitet und zusätzliche Rückstellungen zur Risikovorsorge nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Mögliche Änderungen in den Annahmen werden überwacht und in den Rückstellungen berücksichtigt.

Das Risiko, dass die zukünftigen Kapitalerträge den garantierten Zins auf die Rückstellungen unterschreiten, wird eingegrenzt durch den Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die auch in ungünstigen Kapitalmarktsituationen zur Verfügung stehen. Mit Hilfe von Stress-Tests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden Auswirkungen eines lang anhaltend niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten systematisch geprüft. Zudem werden mittel- bis langfristig wirkende Maßnahmen zur Begrenzung der Garantien umgesetzt.

Die für 2008 und teilweise bis 2011 deklarierte Überschussbeteiligung ist bereits festgelegt und gesichert. Die jährliche Festlegung der Überschussbeteiligung erfolgt so, dass mit der freien RfB und den Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Zinserträge noch genügend freie Mittel zur Absicherung des Zinsgarantierisikos zur Verfügung stehen.

Das Stornorisiko wird bei der Berechnung der Deckungsrückstellung berücksichtigt, indem die Deckungsrückstellung jeder einzelnen Versicherung mindestens so hoch angesetzt wird wie der jeweilige vertraglich oder gesetzlich garantierte Rückkaufswert. Im Rahmen der Finanzaufsicht unterliegen die Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung auch der Prüfung durch die BaFin. Das Risiko hoher Einzel- oder Kumulrisiken wird durch angemessene Rückversicherungen begrenzt.

Die Besteuerung von Kapitaleinkünften sowie von privaten Veräußerungsgewinnen wird vom Gesetzgeber grundlegend neu geregelt. Ab Januar 2009 unterliegen sämtliche Erträge aus Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinnen der Abgeltungsteuer in Höhe von 25%. Lebensversicherungsverträge sind hiervon zwar nicht betroffen. Finanzprodukte wie Aktien, Zertifikate oder Investmentfonds werden aber ab dem vorgeannten Zeitpunkt aufgrund steuerlicher Einbußen an Attraktivität für den Kunden verlieren. Aufgrund einer steuerbe-

günstigsten Übergangsregelung ist für die zweite Jahreshälfte 2008 mit einem Boom in der Fondsbranche zu rechnen. Hieraus resultieren möglicherweise Prioritätsverschiebungen innerhalb des Vertriebskanals Banken zu Lasten des Neugeschäftes der R+V. Um eine solche Verschiebung in den Auswirkungen auf R+V möglichst gering zu halten, sind eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet worden.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Uneinbringliche Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden unmittelbar als Minderung der Beitragseinnahmen gebucht. Dem entsprechenden Ausfallrisiko wird durch eine angemessene Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen ist.

Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern und Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen nicht.

Kapitalanlagerisiken

Bei der Erstellung des Produktes Versicherungsschutz sehen sich Versicherungsunternehmen im Rahmen der Kapitalanlage Markt-, Bonitäts- sowie Liquiditätsrisiken ausgesetzt. Diese können zu einem dauerhaften Wertverlust der Kapitalanlagen führen und – in letzter Konsequenz – die Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge gefährden. Insoweit besitzt das Kapitalanlagerisiko immer den Charakter eines Asset-Liability-Risikos. Die R+V Lebensversicherung a. G. begegnet diesen Risiken durch eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Dabei folgt die Vermögensanlage der generellen Leitlinie einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Versicherungsunternehmens. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ist die Anlagepolitik der R+V dem Ziel der Risikominimierung in besonderem Maße verpflichtet.

Durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagerichtlinien und Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen gewährleistet die R+V Lebensversicherung a. G. die Einhaltung der Anlageverordnung sowie weiterer aufsichtsrechtlicher Anlagegrundsätze und Regelungen.

Die R+V Lebensversicherung a. G. setzt derivative Finanzinstrumente, Strukturierte Produkte oder Asset Backed Securities ausschließlich nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ein. Innerbetriebliche Richtlinien regeln explizit deren Behandlung und enthalten Volumen- und Kontrahentenlimite.

Ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen ermöglicht die regelmäßige Überwachung und transparente Darstellung der verschiedenen Risiken. R+V wendet Standard- und Worst-Case-Szenarien an, wodurch die Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf das Kapitalanlageportfolio simuliert werden. Darüber hinaus gewährleistet die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Mathematik und Kapitalanlage, dass regelmäßig die Erfordernisse aus den passivischen Leistungsverpflichtungen mit den Möglichkeiten der Vermögensanlage abgeglichen werden.

Zusätzlich führt die Gesellschaft jährlich von der BaFin vorgeschriebene Stress-Tests durch. Damit wird überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Unter Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2007 auf den 31. Dezember 2008 und Beibehaltung der in 2007 angewandten Methoden zur Ermittlung von dauerhaften Wertminderungen wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis leisten.

Auf organisatorischer Ebene begegnet die R+V Lebensversicherung a. G. Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Handel, Abwicklung und Controlling.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Einzelnen:

- das Marktrisiko: das Risiko, aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren wie Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen Verluste zu erleiden.
- das Bonitätsrisiko: das Risiko, aufgrund des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten Verluste zu erleiden bzw. Gewinne nicht realisieren zu können.
- das Liquiditätsrisiko: das Risiko, aufgrund von nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – nicht jederzeit nachkommen zu können.

Marktrisiko

Zur Messung möglicher Marktrisiken ihrer Kapitalanlagen führte die R+V Lebensversicherung a. G. Szenarioanalysen unter folgenden Prämissen durch: Für direkt und über Fonds gehaltene Aktien wurde die Auswirkung eines 20-prozentigen Kursrückgangs auf den Zeitwert dieser Positionen simuliert.

Für festverzinsliche Wertpapiere, Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen sowie für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Auswirkungen einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert dieser Wertpapiere und Ausleihungen ermittelt.

Darüber hinaus führt die R+V Lebensversicherung a. G. für den Bestand aller zinstragenden Anlagen regelmäßig eine Durationsanalyse durch.

Fremdwährungspositionen hält die Gesellschaft im Wesentlichen zur Beimischung im Rahmen unseres aktiven Portfoliomanagements. Die daraus resultierenden Wechselkursrisiken unterliegen im Rahmen unserer Risikomodelle der ständigen Beobachtung. Des Weiteren verfolgt das aktive Währungsmanagement der R+V das Ziel einer hohen Absicherung gegen Währungskursverluste.

Bonitätsrisiko

Das Anlageverhalten der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentration im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen zur Minimierung der Risiken beizutragen. Bei einem Großteil der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen handelt es sich um Emissionen, die von der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlichen Institutionen oder Banken mit hervorragendem Rating ausgegeben wurden, zum Beispiel Bundesanleihen oder Pfandbriefe.

Mehr als 97 % (Vorjahr: 96 %) dieser Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren weisen ein Standard & Poor's Rating gleich oder besser als „A“, mehr als 84 % (Vorjahr: 80 %) eines gleich oder besser als „AA“ auf.

Liquiditätsrisiko

Die R+V Lebensversicherung a. G. überwacht und steuert ihre Liquiditätsrisiken zentral. In die Steuerung sind sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen sowie der allgemeinen Verwaltung einbezogen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb. Sie entstehen durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagement-schwächen oder durch externe Einflüsse.

Das interne Kontrollsystem

Das wesentliche Instrument der R+V zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und durch die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme durch die Interne Revision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen in der Verwaltung vorgebeugt. Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen werden weitestgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche

Sicherheit. Manuelle Auszahlungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Risikomanagement im Vertriebsbereich

Den Vertriebsrisiken begegnet R+V mit intensiven Schulungen des Außendienstes und einem Bündel von analysierenden und qualitätssichernden Maßnahmen, wozu insbesondere geeignete Annahmerichtlinien gehören.

Die Vertriebsorganisation wird entsprechend den sich ändernden Anforderungen im Markt für Vorsorge und Versicherung ständig funktional und personell weiterentwickelt und qualifiziert.

Die vertrieblichen Risiken werden anhand von Frühwarnindikatoren, die insbesondere die Veränderungen im Markt und Wettbewerb anzeigen, laufend und systematisch beobachtet; gegebenenfalls werden hieraus frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Abwehr bzw. Vermeidung dieser Risiken ergriffen.

Der Risikomanagementprozess umfasst die gesamte Vertriebsstruktur, das heißt sowohl die zentralen als auch die dezentralen Organisationseinheiten.

Am 22. Mai 2007 ist das Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts in Kraft getreten. R+V hat sich auf dieses Gesetz frühzeitig vorbereitet und die entsprechenden Veränderungen in Geschäftsprozessen, wie beispielsweise die Einführung von Beratungsprotokollen im Verkauf, zusammen mit den Vertriebspartnern umgesetzt. Die Aktivitäten für die Registrierung der Vermittler im gesetzlich vorgesehenen Vermittlerregister wurden so zeitnah begonnen, dass die Registrierung der gebundenen Versicherungsvermittler der R+V bereits erfolgen konnte.

Risikomanagement im IT-Bereich

Durch die enge Verzahnung von Geschäftsprozessen und IT-Abläufen ist es erforderlich, die IT-Unterstützung flexibel und anpassungsfähig an sich ändernde Rahmenbedingungen aufzustellen. Dies wird durch eine prozess- und serviceorientierte Ausrichtung der IT-Organisation erreicht.

Im IT-Bereich gewährleisten umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungs-Systemen. R+V hat hier Vorsorge getroffen durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen R+V-Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Als Maßnahme einer unabhängigen Prüfung der Disaster Recovery Capability werden ab dem ersten Quartal 2008 darüber hinaus die Daten auf einen Bandroboter an einem entfernten Standort gespiegelt. Somit sind die Daten auch nach einem Totalverlust aller Rechenzentrumsstandorte in Wiesbaden vorhanden.

Die Telekommunikationsinfrastruktur ist hochredundant ausgelegt – sowohl intern in den Gebäuden als auch für den Zugriff zum externen Netz.

Die IT-Sicherheitsstrategie wird kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig geprüft. Für 2008 ist die Durchführung einer unabhängigen Prüfung zur Informationssicherheit geplant.

Die Qualitätssicherung im IT-Bereich erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. Alle servicerelevanten Ereignisse werden erfasst und entsprechend ihrer Klassifizierung verfolgt. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden unter Beteiligung aller IT-Bereichsleiter bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte in Bezug auf Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten Problemschwerpunkte eskaliert, Gegenmaßnahmen abgestimmt und verfolgt sowie Konzepte zur Störungsvermeidung erarbeitet und umgesetzt.

Risikobeurteilung bei großen Projekten und Investitionen

Für die Planung und Durchführung von Projekten und Investitionen hat R+V verbindliche Vorgaben festgelegt. Die größeren Projekte und Investitionen werden je nach Themenschwerpunkt regelmäßig in der Investitions-, Produktkommission oder im Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse, Probleme und (Gegen-) Maßnahmen sowie Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Kurskorrekturen werden sofort eingeleitet. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit der Risikokonferenz der R+V.

Externe Einflüsse

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen einer ständigen Beobachtung, um rechtzeitig auf Chancen und Risiken reagieren zu können.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherer und ihr Geschäftsmodell ist das reformierte und ab dem 1. Januar 2008 in Kraft getretene VVG.

Die Ziele der Reform sind die Modernisierung des Rechts, eine Erhöhung der Transparenz und die Verbesserung des Verbraucherschutzes. R+V begrüßt diese Ziele grundsätzlich, durch das VVG wird sich das Produkt Versicherung qualitativ weiter verbessern. Durch die gegenüber dem im März 2006 veröffentlichten Entwurf des Gesetzes vorgenommenen Änderungen sind die Risiken für die Versicherungsunternehmen nunmehr zum Teil deutlich verringert worden.

Die ursprünglich vorgesehene Rückwirkung der neuen Rückkaufwertregelungen auf bestehende Verträge wurde im verabschiedeten Gesetz gestrichen. Damit sind die entsprechenden Zusatzkosten deutlich gemindert worden.

Die vorgesehene Form der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven sieht unter anderem nach wie vor die Einbeziehung von Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen vor. Allerdings wurde nunmehr das Primat aufsichtsrechtlicher Regelungen gegenüber dem VVG klarge-

stellt. Dies ermöglicht ein Eingreifen in die Beteiligung an den Bewertungsreserven bei gewissen Kapitalmarktentwicklungen, um die künftige Risikotragfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Hierzu sind entsprechende Einzelanpassungen des Versicherungs-Aufsichtsrechts zu erwarten.

Die Neuregelungen bezüglich der Rückkaufswerte und der Überschussbeteiligung sind in der Auslegung von Einzelfragen nunmehr geklärt, die Regelungen zur Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven sind mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht grundsätzlich abgestimmt. Damit ist das Risiko minimal, dass entsprechende Verfahrensfragen in gerichtlichen Verfahren geklärt werden.

R+V hat frühzeitig im April 2006 mit der Umsetzung der Anforderungen aus dem neuen VVG in einem zentralen Vorhaben begonnen und termingerecht zum 1. Januar 2008 erfüllt. Sämtliche für die Abwicklung des Versicherungsgeschäfts notwendigen Prozesse laufen seither reibungslos. In 2008 sind noch Restaktivitäten zur Umsetzung der dem VVG zugeordneten Informationspflichtenverordnung sowie zur Umstellung der Versicherungsbedingungen und zur Anpassung von VVG-Regelungen des Bestands mit Abschlussdaten vor dem 1. Januar 2008 zu erledigen; das VVG sieht diese Bestandsanpassung mit Wirkung ab 1. Januar 2009 vor. Aus diesen Aktivitäten sind keine besonderen Risiken zu erwarten.

Die R+V Lebensversicherung a. G. hat damit die Herausforderungen der VVG-Reform weitgehend bewältigt und wird die damit zusammenhängenden Chancen nutzen.

Solvency II

Die EU-Kommission arbeitet seit einigen Jahren intensiv an einem neuen Aufsichtsmodell für Versicherungen mit dem Arbeitstitel Solvency II.

Die im Juli 2007 erschienene Rahmenrichtlinie enthält erste Konkretisierungen hinsichtlich der Ausgestaltung des 3-Säulen Konzeptes. Zentraler Ausgangspunkt ist eine ganzheitliche

Beurteilung und Steuerung der Risiken und der Kapitalausstattung eines Versicherungsunternehmens.

R+V ist durch interne Projekte und Arbeitskreise sowie durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des GDV, der DAV und der BaFin auf die künftigen Herausforderungen eingestellt und schafft somit die Grundlage einer erfolgreichen Umsetzung der mit Solvency II einhergehenden Anforderungen. Die aktuellen Ergebnisse der von der Aufsicht initiierten quantitativen Auswirkungsstudien (QIS) zeigen, dass R+V aufgrund seiner hohen Solvenzmittel überdurchschnittliche Bedeckungen erzielt. Parallel entwickelt R+V ein internes ökonomisches Risikokapitalmodell, welches den zukünftigen Anforderungen an interne Modelle entspricht.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Der Kapitalisierungsgrad repräsentiert die Risikotragfähigkeit der R+V Lebensversicherung a. G. bezüglich der aus ihrer Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken. Auch ohne Berücksichtigung von Bewertungsreserven überschreitet die R+V Lebensversicherung a. G. deutlich die aktuell gültigen Solvabilitätsanforderungen. Bei einer Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2007 auf den 31. Dezember 2008 ist die Erfüllung der Solvabilität weiterhin gewährleistet.

Die hier skizzierten Instrumente und Analysemethoden zeigen, dass der R+V Lebensversicherung a. G. ein umfassendes System zur Verfügung steht, das im Sinne eines effizienten Risikomanagements den Erfordernissen der Identifikation und Bewertung von Risiken gerecht wird.

Hieraus sind zurzeit keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

Prognosebericht

Wirtschaftliches Umfeld

Für das Jahr 2008 ist mit einem moderaten Wirtschaftswachstum zu rechnen. Für die Konjunktorentwicklung in Deutschland gehen von der Weltwirtschaft erhebliche Unsicherheiten aus. Ein schwacher Dollar und der hohe Ölpreis sowie eine Ausweitung der US-Immobilienkrise auf die internationale Finanzwirtschaft können die gute Entwicklung auch in Deutschland negativ beeinflussen. Von daher rechnen Experten nur mit einem Wachstum von bis zu 2 %.

Die Versicherungswirtschaft erwartet einen leicht unter dem Wachstum der Wirtschaft liegenden Anstieg der Beitragseinnahmen von 1,5 %.

In Anbetracht des gestiegenen Vorsorgebedarfs in der Bevölkerung ist auch für die Lebensversicherung mit positiven Impulsen zu rechnen.

Situation an den Kapitalmärkten

Insgesamt richtet R+V ihre Kapitalanlagestrategie weiterhin auf Sicherheit, Liquidität und Rendite aus. Die Anforderungen aus Solvency II werden – soweit bekannt und praktikabel – bereits heute berücksichtigt.

Aufgrund der Kapitalmarktentwicklung ist im Jahr 2008 keine wesentliche Änderung der Reserven in den Kapitalanlagen der R+V Lebensversicherung a. G. zu erwarten. Durch steigende Zinsen ergeben sich für die Gesellschaft jedoch verbesserte Neuanlagekonditionen. Darüber hinaus werden durch den Einsatz geeigneter Sicherungsmaßnahmen im Rahmen des Risikomanagements die außerordentlichen Aufwendungen begrenzt.

Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen stellt die R+V Lebensversicherung a. G. durch einen hohen Anteil festverzinslicher Wertpapiere im Kapitalanlagebestand sicher.

R+V im Markt

Auch künftig ist zu erwarten, dass sich die äußeren Rahmen- und Marktbedingungen für die Versicherungswirtschaft weiter verändern werden.

Wie schon in der Vergangenheit wird R+V die sich daraus ergebenden Chancen nutzen. Risiken, die sich aus den Änderungen entwickeln, werden erkannt und beherrschbar gemacht.

Dank ausgezeichneter Kennzahlen, hoher Beratungskompetenz und Vertriebskraft sowie motivierter Mitarbeiter sind die Aussichten der R+V für den Geschäftsverlauf in 2008 gut.

Die R+V Lebensversicherung a. G. hat die Chance, sich mit ihrer außerordentlich hohen Finanzkraft im Leistungsvergleich erneut in der Spitzengruppe der Branche zu positionieren.

Ab Januar 2009 unterliegen allerdings sämtliche Erträge aus Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinnen der ab diesem Zeitpunkt gültigen Abgeltungsteuer. Aufgrund einer steuerbegünstigten Übergangsregelung für Fonds und Aktiendirektanlagen ist zu erwarten, dass insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 Sparvermögen verstärkt in diese Anlageformen investiert werden. Auch im Bankenvertrieb werden die Akzente stärker auf den Verkauf von Investmentprodukten zu Lasten von Lebensversicherungsprodukten gesetzt werden.

Neues VVG

Die explizite Beteiligung an den Bewertungsreserven und die gestärkten Verbraucherrechte erhöhen die Attraktivität von Lebensversicherungsprodukten nachhaltig. Auf der anderen Seite ist aufgrund des aufwendigeren Antragsprozesses eine Beeinträchtigung der Akquise gerade im Jahr 2008 nicht ausgeschlossen. Eine weitere Herausforderung wird darin bestehen, den Verzerrungen in der Darstellung der Lebensversicherung im Vergleich zu Finanzprodukten, die sich aus der Informationspflichtenverordnung ergeben, korrigierend entgegen zu wirken.

Fazit

Für das Geschäftsjahr 2008 rechnet die R+V Lebensversicherung a. G. mit einem zufrieden stellenden Geschäftsergebnis bei eher zurückhaltendem Neugeschäft.

Dank

Am geschäftlichen Erfolg der R+V Lebensversicherung a. G. hatten die Geschäftspartner im genossenschaftlichen Verbund, die verbundenen Berufsstände und die selbstständigen Agenturen wiederum großen Anteil. Ihnen spricht der Vorstand seinen Dank aus.

Ein besonderer Dank geht an die Mitglieder für das entgegengebrachte Vertrauen.

Wiesbaden, 3. März 2008

Der Vorstand

Anlage 1 zum Lagebericht Bewegung und Struktur des Bestandes im Geschäftsjahr 2007

A. BEWEGUNG DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN LEBENSVERSICHERUNGEN

Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

	(nur Hauptver- sicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptver- sicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. Euro	Einmalbeitrag in Tsd. Euro	Versiche- rungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	125.295	158.410	–	2.934.098
II. Zugang während des Geschäftsjahres:				
1. Neuzugang				
a) Eingelöste Versicherungsscheine	709	3.621	–	57.375
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos.2)	–	1.167	–	16.444
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	–	–	–	14.410
3. Übriger Zugang	118	93	93	2.380
4. Gesamter Zugang	827	4.881	93	90.609
III. Abgang während des Geschäftsjahres:				
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	285	161	–	2.957
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	26.629	11.392	–	149.514
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	2.881	2.612	–	49.953
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	6	275	–	3.610
5. Übriger Abgang	155	149	–	2.148
6. Gesamter Abgang	29.956	14.589	–	208.182
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	96.166	148.702	–	2.816.525

Anlage 1 zum Lagebericht

Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Einzelversicherungen				Kollektivversicherungen	
		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegeversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Restkreditversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. Euro
41.947	74.018	460	238	11.084	81.874	71.804	2.280
7	53	151	89	551	3.479	–	–
–	575	–	–	–	592	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–
11	87	–	–	–	–	107	6
18	715	151	89	551	4.071	107	6
84	66	–	–	12	79	189	16
4.967	5.339	3	1	9	5.895	21.650	157
802	1.615	–	–	137	997	1.942	–
–	71	5	5	1	118	–	81
14	95	–	–	–	52	141	2
5.867	7.186	8	6	159	7.141	23.922	256
36.098	67.547	603	321	11.476	78.804	47.989	2.030

B. STRUKTUR DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN LEBENSVERSICHERUNGEN (OHNE ZUSATZVERSICHERUNGEN)**Gesamtes selbst abgeschlossenes
Versicherungsgeschäft**

	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. Euro
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	125.295	2.934.098
Davon beitragsfrei	(41.778)	(511.518)
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	96.166	2.816.525
Davon beitragsfrei	(22.242)	(488.604)

C. STRUKTUR DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN ZUSATZVERSICHERUNGEN**Zusatzversicherungen insgesamt**

	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. Euro
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	23.581	951.693
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	10.427	567.847

Anlage 1 zum Lagebericht

Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen				Einzelversicherungen		Kollektivversicherungen	
				Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. Euro
41.947	1.942.886	460	61.249	11.084	686.557	71.804	243.406
(10.969)	(391.581)	(-)	(-)	(499)	(23.047)	(30.310)	(96.890)
36.098	1.852.807	603	81.417	11.476	716.914	47.989	165.387
(9.449)	(396.141)	(-)	(-)	(1.056)	(52.781)	(11.737)	(39.682)

Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen		Arbeitsunfähigkeits-Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. Euro	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. Euro
146	13.171	2.356	315.041	21.079	623.481
144	13.224	2.400	322.313	7.883	232.310

Anlage 2 zum Lagebericht Versicherungsarten

A. Einzelversicherung

1 Kapitalbildende Lebensversicherung

- 1.1 Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall
- 1.2 Vermögensbildende Lebensversicherung

2 Risikoversicherung

- 2.1 Versicherung auf den Todesfall

3 Rentenversicherung

- 3.1 Aufgeschobene Rentenversicherung

B. Kollektivversicherung

1 Restkreditversicherung

- 1.1 Restkreditversicherung
- 1.2 Kreditrahmenversicherung

C. Zusatzversicherung

1 Unfall-Zusatzversicherung

2 Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung

3 Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherung

4 Arbeitsunfähigkeits-Zusatzversicherung

Versicherungen gegen feste Beiträge gemäß § 21 Abs. 2 VAG werden nicht abgeschlossen.

Jahresabschluss 2007

Bilanz

zum 31. Dezember 2007*

AKTIVA			
in Euro		2007	2006
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks			
		—,—	—,—
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	—,—		—,—
II. Geschäfts- oder Firmenwert	—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	—,—		—,—
		—,—	—,—
C. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.100.471,58		10.386.655,58
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—		—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	—,—		—,—
3. Beteiligungen	7.563.525,—		7.427.600,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	586.485,10	8.150.010,10	—,—
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	493.722.474,44		433.258.280,51
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	154.116.202,—		157.152.646,11
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	52.888.635,77		52.347.808,22
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	347.564.594,05		374.903.350,49
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	274.361.866,22		261.116.136,29
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	1.392.106,—		1.466.665,—
d) Übrige Ausleihungen	19.338.756,43	642.657.322,70	19.663.436,17
5. Einlagen bei Kreditinstituten	10.000.000,—		—,—
6. Andere Kapitalanlagen	14.048.822,87	1.367.433.457,78	16.772.210,55
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	—,—		—,—
		1.385.683.939,46	1.334.494.788,92
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			
		1.389.988,49	908.280,67

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Bilanz

in Euro			2007	2006
E. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer				
a) Fällige Ansprüche	779.570,28			756.837,54
b) Noch nicht fällige Ansprüche	392.531,—	1.172.101,28		608.047,—
2. Versicherungsvermittler		—,—		—,—
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		—,—	1.172.101,28	—,—
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			—,—	—,—
III. Sonstige Forderungen			25.241.713,49	17.141.653,25
			26.413.814,77	18.506.537,79
F. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte			108,—	596,—
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			851.445,72	682.925,71
III. Eigene Anteile			—,—	—,—
IV. Andere Vermögensgegenstände			6.647.775,86	9.516.875,25
			7.499.329,58	10.200.396,96
G. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB				
			—,—	—,—
H. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			19.679.371,45	20.634.473,25
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			6.771.697,55	7.190.327,65
			26.451.069,—	27.824.800,90
I. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				
			—,—	—,—
Summe Aktiva			1.447.438.141,30	1.391.934.805,24

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten E. II. und F. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 7. März 2007 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Wiesbaden, 30. Januar 2008

Hartmann
Verantwortlicher Aktuar

Ich bescheinige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Wiesbaden, 29. Februar 2008

Schottler
Treuhänder

PASSIVA

in Euro		2007	2006
A. Eigenkapital			
I. Gründungsstock		—,—	—,—
II. Kapitalrücklage		—,—	—,—
Davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	– € (– €)		
III. Gewinnrücklagen			
1. Verluſtrücklage gemäß § 37 VAG	18.400.000,—		15.900.000,—
2. Rücklage für eigene Anteile	—,—		—,—
3. Satzungsmäßige Rücklagen	—,—		—,—
4. Rücklage gemäß § 58 Abs. 2a AktG	—,—		—,—
5. Andere Gewinnrücklagen	—,— 18.400.000,—		—,—
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		—,—	—,—
		18.400.000,—	15.900.000,—
B. Genusssrechtskapital			
		—,—	—,—
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			
		—,—	—,—
D. Sonderposten mit Rücklageanteil			
		—,—	—,—
E. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge			
1. Bruttobetrag	50.058.586,—		54.216.087,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,— 50.058.586,—		—,—
II. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag	1.143.272.220,—		1.038.120.207,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,— 1.143.272.220,—		—,—
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	2.547.031,74		2.684.098,57
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	32.966,— 2.514.065,74		109.286,—
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. Bruttobetrag	154.278.561,84		153.144.967,38
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,— 154.278.561,84		—,—
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		—,—	—,—
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen			
1. Bruttobetrag	—,—		—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,— —,—		—,—
		1.350.123.433,58	1.248.056.073,95

Bilanz

in Euro

2007

2006

F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag	1.389.988,49		908.280,67
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	1.389.988,49	—,—
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen			
1. Bruttobetrag	—,—		—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—	—,—
		1.389.988,49	908.280,67

G. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		397.575,—	467.631,—
II. Steuerrückstellungen		230.587,72	150.000,—
III. Voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB		—,—	—,—
IV. Sonstige Rückstellungen		660.700,—	242.401,—
		1.288.862,72	860.032,—

H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

			—,—	—,—
--	--	--	-----	-----

I. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern		74.277.347,18		123.498.728,52
2. Versicherungsvermittlern		—,—		—,—
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		—,—	74.277.347,18	—,—
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			542.452,22	596.692,97
III. Anleihen			—,—	—,—
Davon konvertibel:	– €	(– €)		
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			—,—	—,—
Davon gegenüber:				
Beteiligungsunternehmen	– €	(– €)		
V. Sonstige Verbindlichkeiten			1.292.784,46	1.982.574,27
Davon:				
aus Steuern	31.246 €	(83.153 €)		
im Rahmen der sozialen Sicherheit	– €	(– €)		
gegenüber Beteiligungsunternehmen	– €	(– €)		
			76.112.583,86	126.077.995,76

K. Rechnungsabgrenzungsposten

			123.272,65	132.422,86
--	--	--	-------------------	-------------------

Summe Passiva

			1.447.438.141,30	1.391.934.805,24
--	--	--	-------------------------	-------------------------

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007*

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG				
in Euro				
			2007	2006
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	149.539.468,75			158.902.703,49
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	1.022.525,76	148.516.942,99		-22.748.844,07
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	4.157.501,—			3.330.907,—
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	—,—	4.157.501,—		1.159.552,—
			152.674.443,99	183.822.902,56
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			10.811.717,—	9.340.496,—
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		—,—		—,—
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	– €	(– €)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	– €	(– €)		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.511.344,03			1.464.505,33
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	74.520.512,30	76.031.856,33		64.268.846,51
c) Erträge aus Zuschreibungen		1.303.969,27		1.356.607,59
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		439.806,33		7.565.551,73
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—,—		—,—
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		—,—		—,—
			77.775.631,93	74.655.511,16
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			54.742,78	94.954,47
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			25.132,34	120.778,92
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	84.431.493,76			105.503.644,97
bb) Anteil der Rückversicherer	66.377,42	84.365.116,34		132.168,25
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-137.066,83			413.098,99
bb) Anteil der Rückversicherer	-76.320,—	-60.746,83		40.478,—
			84.304.369,51	105.744.097,71

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Gewinn- und Verlustrechnung

in Euro			2007	2006
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-105.633.720,82			-87.656.591,42
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	-105.633.720,82		22.629.566,—
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		—,—		—,—
			-105.633.720,82	-110.286.157,42
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			23.813.438,88	28.212.413,01
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	2.665.999,49			3.071.713,89
b) Verwaltungsaufwendungen	3.418.224,88	6.084.224,37		3.655.156,27
c) Davon ab:				
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		425.161,59		322.902,11
			5.659.062,78	6.403.968,05
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.305.928,27		744.507,84
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		12.409.940,97		4.008.711,61
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		201.325,93		96.532,25
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—		—,—
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—		—,—
			13.917.195,17	4.849.751,70
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			4.071,77	1.435,04
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			1.491.616,79	1.482.325,35
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			6.518.192,32	11.054.494,83

in Euro		2007	2006
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	133.064,56		108.760,84
2. Sonstige Aufwendungen	3.193.474,39		7.955.875,50
3. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		-3.060.409,83	-7.847.114,66
4. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		3.457.782,49	3.207.380,17
5. Außerordentliche Erträge	—,—		—,—
6. Außerordentliche Aufwendungen	—,—		—,—
7. Außerordentliches Ergebnis		—,—	—,—
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	881.514,46		638.226,86
9. Sonstige Steuern	76.268,03		69.153,31
		957.782,49	707.380,17
10. Erträge aus Verlustübernahme	—,—		—,—
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	—,—		—,—
		—,—	—,—
12. Jahresüberschuss		2.500.000,—	2.500.000,—
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		—,—	—,—
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		—,—	—,—
Davon Entnahmen aus der Rücklage gem. § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	— € (— €)		
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	—,—		—,—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	—,—		—,—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	—,—		—,—
d) aus anderen Gewinnrücklagen	—,—		—,—
		—,—	—,—
16. Entnahmen aus Genussrechtskapital		—,—	—,—
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	2.500.000,—		2.500.000,—
b) in die Rücklage für eigene Anteile	—,—		—,—
c) in satzungsmäßige Rücklagen	—,—		—,—
d) in andere Gewinnrücklagen	—,—		—,—
		2.500.000,—	2.500.000,—
18. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals		—,—	—,—
19. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		—,—	—,—

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Abschreibungen erfolgten linear mit dem steuerlich gebotenen Satz.

Beteiligungen sowie **Andere Kapitalanlagen** wurden zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um anteilige Abschreibungen, bilanziert.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit wie **Sonstige Ausleihungen** mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden zum 31. Dezember 2007 mit ihrem aktuellen Marktwert bewertet, maximal jedoch mit den Anschaffungskosten.

Soweit Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, wurden gemäß § 280 Abs. 1 HGB Zuschreibungen auf den Börsenkurs bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, sowie **Sonstige Ausleihungen** und **Einlagen bei Kreditinstituten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren.

Die unter den Sonstigen Ausleihungen ausgewiesenen Zero-Schuldscheindarlehen wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der kapitalisierten Zinsansprüche bilanziert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen wurden mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Agio- und Disagioträge wurden durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auf die individuelle Laufzeit der jeweiligen Anlage zeitanteilig verteilt. Hierbei handelt es sich um die Abgrenzung auf Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie aktivierte Optionsprämien der zerlegungspflichtigen strukturierten Produkte.

Finanzderivate und **Strukturierte Produkte** wurden in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden auf Basis der Modelle von Black – Scholes, Hull – White und Brace – Gatarek – Musiela bewertet.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** wurden zum Nennwert angesetzt und um Pauschalwertberichtigungen, die anhand der Stornoquote der Vergangenheit errechnet wurden, vermindert. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung zu noch nicht fälligen Ansprüchen wurde der ermittelte Betrag noch um Provisionsrückforderungen gekürzt.

Der Ansatz aller **anderen Forderungen** erfolgte mit dem Nennwert.

Die Bewertung der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der steuerlich zulässigen Nutzungsdauer abgeschrieben werden.

Die **Beitragsüberträge** umfassen den Teil der im Geschäftsjahr fälligen Beitragseinnahmen, der auf künftige Berichtsperioden entfällt. Sie werden zeitanteilig gebildet. Dabei werden die Beitragsüberträge unter Berücksichtigung der Beginnstermine jeder einzelnen Versicherung und nach Abzug von nicht übertragungsfähigen Beitragsteilen ermittelt. Das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 wurde beachtet.

Die **Deckungsrückstellung** wurde gemäß dem Geschäftsplan bzw. den Grundsätzen, die der BaFin nach § 13 d Nr. 6 VAG dargelegt wurden, grundsätzlich einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginnstermine ermittelt. Dabei kam mit Ausnahme der fondsgebundenen Überschussverwendung die prospektive Methode zur Anwendung. Die Fälle, in denen die Deckungsrückstellung einen pauschalen Betrag enthält, sind nachstehend erläutert.

Die folgende Darstellung führt die Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung der wesentlichen Versicherungsbestände auf.

Die Zillmersätze bei den kapitalbildenden Versicherungen und Vermögensbildungsversicherungen zu den Sterbetafeln ADSt 1960/62 mod und ADSt 1986 betragen maximal 35 ‰ der Ver-

sicherungssumme. Bei den kapitalbildenden Versicherungen und Vermögensbildungsversicherungen zur Sterbetafel DAV 1994 T betragen die Zillmersätze maximal 40 ‰ der Beitragssumme. Bei den kapitalbildenden Versicherungen und Risikoversicherungen zur Sterbetafel R+V 2000 T betragen die Zillmersätze bis zu 25 ‰ der Beitragssumme.

Bei den Rentenversicherungen beträgt der Zillmersatz 25 ‰ der Beitragssumme.

Zur Anpassung an die sich verändernden biometrischen Rechnungsgrundlagen wird bei den Rentenversicherungen, die bis 2004 für den Neuzugang offen waren, die Deckungsrückstellung gemäß dem von der DAV entwickelten Verfahren mit der Tafel DAV 2004 R-Bestand ²⁾ berechnet. Dabei kamen die von der DAV empfohlenen Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten zur Anwendung.

Die sich aus der Erhöhung der Leistungsverpflichtungen nach dem BGH-Urteil vom 12. Oktober 2005 ergebenden Ansprüche wurden ermittelt und in der Deckungsrückstellung berücksichtigt.

In der Arbeitsunfähigkeits-(Zusatz)versicherung liegt der Deckungsrückstellung in der Anwartschaftszeit die Sterbetafel DAV 1994 T und im Leistungsbezug die Tafel ADSt 1986 zu Grunde. Die Arbeitsunfähigkeitswahrscheinlichkeiten in der Anwartschaft entstammen der Tafel R+V 2000 AU. Im Leistungsbezug liegen Arbeitsunfähigkeitswahrscheinlichkeiten gemäß Geschäftsplan der AUZ zu Grunde.

Der Deckungsrückstellung für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung, die seit Juli 2000 für den Neuzugang offen ist, liegt die Sterbetafel DAV 1994 T zu Grunde. Die nach Berufsgruppen getrennten Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammen der Tafel R+V 2000 I.

In der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung, die von Mai 1999 bis Juni 2000 für den Neuzugang offen war, liegen der Deckungsrückstellung die Sterbetafel DAV 1994 T sowie nach

VERSICHERUNGSBESTAND

Versicherungsbestand an kapitalbildenden Versicherungen einschließlich Vermögensbildungsversicherungen, Rentenversicherungen, Risiko- und Restkreditversicherungen

Rechnungszins	Sterbetafel	Anteil an der Gesamtdeckungsrückstellung ¹⁾ %
3,0 %	ADSt 1960/62 mod	5 %
3,5 %	ADSt 1986 für Männer und Frauen	15 %
4,0 %	DAV 1994 T für Männer und Frauen	34 %
2,25 %	R+V 2000 T für Männer und Frauen	< 1 %
2,75 %	R+V 2000 T für Männer und Frauen	4 %
3,25 %	R+V 2000 T für Männer und Frauen	13 %
2,75 %	DAV 2004 R-Bestand ²⁾ für Männer und Frauen	13 %
3,25 %	DAV 2004 R-Bestand ²⁾ für Männer und Frauen	13 %
2,75 %	DAV 2004 R	1 %
2,25 %	DAV 2004 R	< 1 %

1) Anteile aus Zusatzversicherungen an der Gesamtdeckungsrückstellung sind unter den maßgebenden Rechnungsgrundlagen für die zugehörige Hauptversicherung aufgeführt.

2) Interpolation zwischen DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20, Interpolationsschritt 3/20.

Berufsgruppen getrennte Invalidisierungswahrscheinlichkeiten der Tafel R+V 1999 I-mod zu Grunde.

In der Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherung liegen der Deckungsrückstellung die Sterbetafel DAV 1994 T sowie Invalidisierungswahrscheinlichkeiten nach der Tafel DAV 1998 E zu Grunde.

Die Deckungsrückstellung für beitragsfreie Boni aus der Überschussbeteiligung wurde nach den gleichen Rechnungsgrundlagen ermittelt, wie sie der jeweils zugehörigen Hauptversicherung zu Grunde liegen.

Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung implizit berücksichtigt. Bei Versicherungen mit tariflich beitragsfreien Jahren, bei beitragsfrei gestellten Versicherungen sowie bei beitragsfreien Boni aus der Überschussbeteiligung wurde eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet.

Die Deckungsrückstellung im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wurde für jede Versicherung einzeln retrospektiv ermittelt. Sie wurde in Anteileneinheiten geführt und zum Zeitwert passiviert.

Die Ermittlung der **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** erfolgte grundsätzlich individuell.

Die sich aus der Erhöhung der Leistungsverpflichtungen nach dem BGH-Urteil vom 12. Oktober 2005 ergebenden Ansprüche wurden unter Einbeziehung einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung der Inanspruchnahme ermittelt und pauschal in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle berücksichtigt.

Für eingetretene Versicherungsfälle, die bis zum Bilanzstichtag nicht gemeldet wurden, wurde eine pauschale Spätschadenrückstellung in Höhe des riskierten Kapitals unter Berücksichtigung von aktualisierten Erfahrungswerten gebildet.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Der Anteil der Rückversicherer wurde gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die Rückstellungen für **Pensionen** wurden entsprechend § 6a EStG nach dem Teilwertverfahren unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 4,5 % berechnet.

Der Wertansatz der **übrigen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** geht von dem voraussichtlichen Bedarf aus.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

In **Fremdwährung** geführte laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Kurs vom 31. Dezember 2007 bewertet.

Bei der Währungsumrechnung für Aktien, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen ergab sich der Euro-Anschaffungswert aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Anschaffungszeitpunkt; der Euro-Börsenwert wurde aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Bilanzstichtag ermittelt.

Die übrigen Aktiva und Passiva sind mit dem Devisenkurs zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet worden. Für die Umrechnung der Erträge aus Wertpapieren war der Devisenkurs zum Zeitpunkt des Ertragszuflusses Umrechnungsgrundlage; für alle übrigen Erträge und Aufwendungen der Devisenkurs zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN B., C. I. BIS III. IM GESCHÄFTSJAHR 2007

	Euro	Bilanzwerte Vorjahr %	Zugänge Euro
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs.1 Satz 1 HGB	—,—		—,—
II. Entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	—,—		—,—
Summe B.	—,—		—,—
C. Kapitalanlagen			
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.386.655,58	0,8	—,—
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—	—	—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	—,—	—	—,—
3. Beteiligungen	7.427.600,—	0,5	12.500,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	—	217.271,87
5. Summe C II.	7.427.600,—	0,5	229.771,87
C. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	433.258.280,51	32,5	64.650.545,70
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	157.152.646,11	11,8	13.937.995,—
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	52.347.808,22	3,9	4.396.831,22
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	374.903.350,49	28,1	3.000.000,—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	261.116.136,29	19,6	23.516.101,04
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	1.466.665,—	0,1	666.398,—
d) Übrige Ausleihungen	19.663.436,17	1,5	35.700.000,—
5. Einlagen bei Kreditinstituten	—,—	0,0	10.000.000,—
6. Andere Kapitalanlagen	16.772.210,55	1,2	—,—
7. Summe C. III.	1.316.680.533,34	98,7	155.867.870,96
Summe C.	1.334.494.788,92	100,0	156.097.642,83
Insgesamt	1.334.494.788,92		156.097.642,83

Anhang

Umbuchungen Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	Bilanzwerte Euro	Geschäftsjahr %
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	286.184,—	10.100.471,58	0,7
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
43.544,34	—,—	79.880,66	—,—	7.563.525,—	0,6
369.213,23	—,—	—,—	—,—	586.485,10	0,0
412.757,57	—,—	79.880,66	—,—	8.150.010,10	0,6
—43.544,34	2.459.313,80	1.223.248,61	2.906.742,24	493.722.474,44	35,7
—,—	9.999.137,54	840,—	6.976.141,57	154.116.202,—	11,1
—,—	3.795.968,27	—,—	60.035,40	52.888.635,77	3,8
—,—	30.338.756,44	—,—	—,—	347.564.594,05	25,1
—44.533,49	10.225.837,62	—,—	—,—	274.361.866,22	19,8
—,—	740.957,—	—,—	—,—	1.392.106,—	0,1
—324.679,74	35.700.000,—	—,—	—,—	19.338.756,43	1,4
—,—	—,—	—,—	—,—	10.000.000,—	0,7
—,—	542.549,92	—,—	2.180.837,76	14.048.822,87	1,0
—412.757,57	93.802.520,59	1.224.088,61	12.123.756,97	1.367.433.457,78	98,7
—,—	93.802.520,59	1.303.969,27	12.409.940,97	1.385.683.939,46	100,0
—,—	93.802.520,59	1.303.969,27	12.409.940,97	1.385.683.939,46	

C. KAPITALANLAGEN			
in Tsd. Euro	2007		
	Buchwert	Zeitwert	Reserve
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.100	22.465	12.365
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	–	–	–
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	–	–	–
3. Beteiligungen	7.564	7.973	409
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	586	588	2
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	493.722	569.125	75.403
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	154.116	158.524	4.408
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	52.847	53.331	484
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	348.191	351.858	3.667
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	280.417	261.794	–18.623
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	1.392	1.392	–
d) übrige Ausleihungen	19.341	19.540	199
5. Einlagen bei Kreditinstituten	10.000	10.000	–
6. Andere Kapitalanlagen	14.049	14.801	752
	1.392.325	1.471.391	79.066

In den Buchwerten sind zum Nennwert bilanzierte Anlagen, um Agio und Disagio saldiert (+ 6.641 Tsd. Euro), berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Zeitwerte wurden in der Regel Börsenkurse resp. Marktpreise oder die Netto-Ertragswertformel nach IDW S1 zu Grunde gelegt. Die Gebäude wurden zum 31. Dezember 2007 neu bewertet. Die Bewertung des Bodens erfolgt alle fünf Jahre, zuletzt in den Jahren 2005 und 2006.

Gemäß § 341b Abs. 2 HGB wurden 478,7 Mio Euro Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2007 eine positive Bewertungsreserve von 70,7 Mio. Euro.

IN DIE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG EINZUBEZIEHENDE KAPITALANLAGEN	
in Tsd. Euro	
zu Anschaffungskosten	1.392.325
zu beizulegenden Zeitwerten	1.471.391
Saldo	79.066

C. I. GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN EINSCHLIESSLICH DER BAUTEN AUF FREMDEN GRUNDSTÜCKEN

in Euro		2007	
	Anzahl		
Mit Geschäfts- und anderen Bauten	1	5.473.907,44	
Mit Wohnbauten	2	4.626.564,14	
Ohne Bauten	-	-,-	
Mit unfertigen Bauten	-	-,-	
	3	10.100.471,58	
Bilanzwert der überwiegend von R+V Gesellschaften genutzten Grundstücke	-	-,-	

C. II. 3. BETEILIGUNGEN

in Euro				
Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
R+V Kureck Immobilien GmbH Grundstücksverwaltung Braunschweig, Wiesbaden	50,0 %	2006	10.628.640	1.118.275

Es bestehen keine Nachzahlungsverpflichtungen.

C. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN – STRUKTUR DER DERIVATIVEN FINANZINSTRUMENTE

in Euro				
Nominalbetrag bei einer Restlaufzeit von	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe
Zinsbezogen	-	-	10.225.838	10.225.838
Währungsbezogen	-	-	-	-
Aktien-, indexbezogen	-	-	-	-
Sonstige Geschäfte	-	-	-	-
	-	-	10.225.838	10.225.838

Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag Swapgeschäfte, die wirtschaftlich geschlossen sind.

Im Zusammenhang mit optionalen Multi-Tranchen-Geschäften bestehende Abnahmeverpflichtungen werden gemäß BaFin-Rundschreiben R 3/2000 im Jahr der möglichen Andienung berücksichtigt.

C. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN – ANGABEN ZU FINANZINSTRUMENTEN

in Euro

Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert
Zinsswaps ¹⁾	10.225.838	–	685.205
Optionen ²⁾	5.000.000	124.472	61.407
Zu Anschaffungskosten bilanzierte Finanzinstrumente ³⁾	32.579.569	32.579.569	26.655.308 ⁴⁾

¹⁾ Bewertungsmethode = Zero-Coupon-Pricing

²⁾ Bewertungsmethode = Black-Scholes. Der Ausweis der Optionen erfolgte bei den Passiva unter Posten I. V.

³⁾ Bewertungsmethode = Brace-Gatarek-Musiela. Der Ausweis der zu Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente, die über ihrem Zeitwert ausgewiesen wurden, erfolgte bei den Aktiva unter Posten C. III. 4. b).

⁴⁾ Keine dauerhafte Wertminderung, da durch Marktpreisänderung bedingt.

Zum Bilanzstichtag befindet sich ein Terminverkauf auf ein
Schuldscheindarlehen in Höhe von 10 Mio. Euro im Bestand.

D. KAPITALANLAGEN FÜR RECHNUNG UND RISIKO VON INHABERN VON LEBENSVERSICHERUNGSPOLICEN

in Euro

2007

	Anteileinheiten	
DEVIF-Fonds Nr. 300 R+V Zins	49.674	252.345,25
DEVIF-Fonds Nr. 301 R+V Kurs	154.992	1.137.643,24
		1.389.988,49

F. IV. ANDERE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

in Euro

2007

Vorausgezahlte Versicherungsleistungen	6.641.790,53
Übrige Vermögensgegenstände	5.985,33
	6.647.775,86

H. II. SONSTIGE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Euro

2007

Agio aus Kapitalanlagen	6.749.304,56
Abgegrenzte Optionsprämien aus Multi-Tranchen	22.392,99
Ausgaben, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen	–,—
	6.771.697,55

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

A. III. GEWINNRÜCKLAGEN

in Euro	2007
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	
Vortrag zum 1. Januar	15.900.000,—
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2007	2.500.000,—
Stand am 31. Dezember	18.400.000,—

E. IV. RÜCKSTELLUNG FÜR ERFOLGSABHÄNGIGE BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG

in Euro	2007
Vortrag zum 1. Januar	153.144.967,38
Entnahmen:	
Zahlungen und Gutschriften an Versicherungsnehmer	11.877.080,96
Beiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme	10.802.763,46
Überführung gutgeschriebener Überschussanteile in das Bonussystem	8.953,54
	22.688.797,96
Zuweisungen:	
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	23.813.438,88
aus gutgeschriebenen Überschussanteilen	8.953,54
Stand am 31. Dezember	154.278.561,84
Davon entfallen auf:	
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	22.286.453,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlusszahlungen	10.082.902,—
den Fonds für Schlusszahlungen	47.245.552,—

In den festgelegten, aber noch nicht zugeteilten Schlusszahlungen sind erstmalig für das Jahr 2008 Beträge für die Beteiligung an den Bewertungsreserven berücksichtigt. Dabei wurde von der erwarteten Inanspruchnahme ausgegangen.

Wie in Vorjahren wurde zum 31. Dezember 2007 die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer für mehr als ein Jahr festgelegt. Der Festlegungszeitraum erstreckt sich mindestens auf das Jahr 2008, zum Teil aber auch auf die Jahre 2009, 2010 und 2011. Mit einem branchenüblichen einjährigen Deklarationszeitraum würde der Posten „bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile“ statt 22,3 Mio. Euro nur 18,3 Mio. Euro betragen.

Der Fonds für Schlusszahlungen wurde auf Basis des zum regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils sowie der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven für jede Versicherung prospektiv unter Beachtung der für 2008 zuletzt deklarierten Sätze berechnet. Im Fonds für Schlusszahlungen ist der Anteil enthalten, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer oder der gesamten Aufschubzeit für Rentenversicherungen entspricht. Die Diskontierungssätze der wesentlichen Versicherungsbestände liegen unter Berücksichtigung der Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten zwischen 4,75 % und 6,50 %.

G. IV. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

in Euro	2007
Jahresabschluss	128.000,—
Kapitalanlagenbereich	532.700,—
	660.700,—

I. I. 1. VERBINDLICHKEITEN AUS DEM SELBST ABGESCHLOSSENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFT GEGENÜBER VERSICHERUNGSNEHMERN

in Euro	2007
Gutgeschriebene Überschussanteile	35.038.827,41
Im Voraus empfangene Beiträge und Beitragsdepots	39.238.519,77
	74.277.347,18

K. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Euro	2007
Disagio aus Kapitalanlagen	108.087,65
Einnahmen, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen	15.185,—
	123.272,65

SONSTIGE BEMERKUNGEN

Es bestehen sonstige Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren in Höhe von 35.196 Euro.

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestehen nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. A) GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE		
in Euro	2007	2006
Beiträge nach Versicherungsarten		
Einzelversicherungen	147.528.924,24	156.633.003,69
Kollektivversicherungen	2.010.544,51	2.269.699,80
	149.539.468,75	158.902.703,49
Beiträge nach Zahlungsweise		
Laufende Beiträge	149.446.709,97	158.757.700,53
Einmalbeiträge	92.758,78	145.002,96
	149.539.468,75	158.902.703,49

Die Gesellschaft betreibt ausschließlich selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft im Inland mit Gewinnbeteiligung.

I. 6. AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE FÜR EIGENE RECHNUNG		
in Euro	2007	2006
Abläufe	71.849.571,31	90.713.796,79
Vorzeitige Versicherungsfälle	2.440.374,38	2.620.523,24
Renten	1.099.661,34	2.299.728,96
Rückkäufe	8.904.819,90	10.282.694,97
Brutto-Aufwendungen	84.294.426,93	105.916.743,96
Anteil der Rückversicherer	-9.942,58	172.646,25
Netto-Aufwendungen	84.304.369,51	105.744.097,71

I. 10. AUFWENDUNGEN FÜR KAPITALANLAGEN		
in Euro	2007	2006
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		
Planmäßige Abschreibungen	286.184,—	286.185,—
Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB	10.149.672,99	3.312.845,71
Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	1.974.083,98	409.680,90
	12.409.940,97	4.008.711,61

RÜCKVERSICHERUNGSSALDO		
in Euro	2007	2006
Verdiente Beiträge	1.022.525,76	-21.589.292,07
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-9.942,58	172.646,25
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	425.161,59	322.902,11
Veränderung der Deckungsrückstellung	—,—	-22.629.566,—
Saldo zu Gunsten (+) / Lasten (-) des Rückversicherers	607.306,75	544.725,57

Infolge der erfolgsneutralen Auflösung eines Rückversicherungsvertrages war im Vorjahr der Anteil des Rückversicherers an den Beiträgen als Ertrag, an der Deckungsrückstellung als Aufwand auszuweisen.

II. 1. SONSTIGE ERTRÄGE		
in Euro	2007	2006
Zinserträge	60.638,33	44.632,22
Auflösung von anderen Rückstellungen	8.257,70	24.539,24
Übrige Erträge	64.168,53	39.589,38
	133.064,56	108.760,84

II. 2. SONSTIGE AUFWENDUNGEN		
in Euro	2007	2006
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	451.064,80	344.173,39
Zinsaufwendungen	2.577.402,01	4.398.834,01
Aufwendungen aus der Auslagerung von Pensionsrückstellungen	123.314,71	3.127.884,28
Übrige Aufwendungen	41.692,87	84.983,82
	3.193.474,39	7.955.875,50

Sonstige Angaben

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

I. Entstehung der Überschüsse

Lebensversicherungsverträge werden in der Regel langfristig abgeschlossen und haben über die gesamte Vertragslaufzeit garantierte Beiträge. Um die vertraglich zugesagten Leistungen auf Dauer gewährleisten zu können, müssen Lebensversicherungsunternehmen ihre Beiträge unter vorsichtigen Annahmen kalkulieren. Wirtschaftliches Handeln, über dem Rechnungszins liegende Kapitalerträge und ein günstiger Risikoverlauf führen dann zu Überschüssen, die an die Versicherungsnehmer in Form der Überschussbeteiligung entstehungsgerecht und zeitnah weitergegeben werden.

II. Beteiligung an Bewertungsreserven

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Bewertungsreserven sorgen für Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge an den Kapitalmärkten auszugleichen. Die vorhandenen Reservepuffer geben der Gesellschaft Spielräume, um beispielsweise Engagements an den durch höhere Chancen aber auch Risiken gekennzeichneten Aktienmärkten vorzunehmen.

Bei Auszahlung bzw. bei Rentenübergang werden nach dem neuen Versicherungsvertragsgesetz insbesondere kapitalbildende Versicherungen und aufgeschobene Rentenversicherungen verursachungsorientiert an der Hälfte der Bewertungsreserven beteiligt.

III. Ermittlung und Verteilung der Überschüsse und Bewertungsreserven

Jede einzelne überschussberechtigte Versicherung erhält Anteile an den oben genannten Überschüssen, die entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet werden. Die Höhe dieser Anteilsätze wird vom Vorstand unter Beachtung der

maßgebenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen und des Vorschlags des Verantwortlichen Aktuars jährlich festgelegt und im Geschäftsbericht veröffentlicht.

Die Bewertungsreserven werden in der Regel monatlich neu ermittelt. Der Vorstand legt unter Berücksichtigung des Vorschlags des Verantwortlichen Aktuars eine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven ein Jahr im Voraus fest. Falls die einzelvertragliche Beteiligung an den Bewertungsreserven zum Zuteilungszeitpunkt niedriger als die deklarierte Mindestbeteiligung ist, wird diese entsprechend um den Differenzbetrag bis zur Mindestbeteiligung erhöht. Dieses Vorgehen sichert die Beteiligung an den Bewertungsreserven unabhängig von kurzfristigen, unterjährigen Schwankungen am Kapitalmarkt bis zu einem bestimmten Niveau. Über die Anforderungen aus dem VVG hinaus wird somit auch dem Ziel der Kontinuität Rechnung getragen.

Die Systematik, nach der die Überschüsse den Versicherungsverträgen zugeteilt werden, ist im Geschäftsplan bzw. in den Versicherungsbedingungen festgelegt. Abhängig von der Vertragsgestaltung kommen unterschiedliche Überschussbeteiligungssysteme zur Anwendung. Hierdurch wird sichergestellt, dass die einzelnen Verträge verursachungsorientiert in dem Maße an den Überschüssen beteiligt werden, wie sie zu deren Entstehung beigetragen haben.

Bei den bis Ende 2004 abgeschlossenen Rentenversicherungen ist aufgrund des festzustellenden Trends zu einer höheren Lebenserwartung gegenüber der Kalkulation von einer längeren Rentenbezugszeit auszugehen. Mit einer Anpassung der Deckungsrückstellung für diese Versicherungen wird sichergestellt, dass die Verpflichtungen auch dann erfüllt werden können, wenn in Zukunft die jetzt anzunehmende Entwicklung eintritt. Die Anpassung der Deckungsrückstellung vermindert die Höhe der zur Rückerstattung vorgesehenen Überschussanteile.

IV. Überschussbeteiligung für das Geschäftsjahr 2008

Für das in 2008 beginnende Versicherungsjahr – bei Restkreditversicherungen für das Geschäftsjahr 2008 – hat der Vorstand die unten aufgeführten Überschussanteilsätze festgelegt. Der Todesfallbonus unter A. Restkreditversicherung ist auch für die Geschäftsjahre 2009 bis einschließlich 2011

festgelegt. Unter B. Kapitalbildende Versicherungen sind die Grundüberschussanteilsätze auch für die in den Geschäftsjahren 2009 bis einschließlich 2011 beginnenden Versicherungsjahre festgelegt.

A. RESTKREDITVERSICHERUNGEN

Überschussverband	Todesfallbonus in % der Versicherungssumme
87 R ¹⁾ und 94 RK ¹⁾	80,00
95 RK und 95 RKA	40,00

¹⁾ Versicherungen mit Versicherungsbeginn bis 31. Dezember 1996 werden im Abrechnungsverband Kapitalversicherung geführt.

B. Kapitalbildende Versicherungen

1 Laufende Überschussbeteiligung

1.1 VERMÖGENSBILDUNGSVERSICHERUNGEN

Überschussverband		Grundüberschussanteil ¹⁾ in % der Versicherungssumme	Zusatzüberschussanteil ²⁾ in % des überschussberechtigten Deckungskapitals
71 VB Beginne bis 1986	Männer	1,00	1,70
	Frauen	1,40	1,70
71 VB Beginne ab 1987	Männer	1,00	1,70
	Frauen	0,60	1,70
90 VB	Männer	1,00	1,20
	Frauen	0,60	1,20
96 VB	Männer	1,00	0,70
	Frauen	0,30	0,70

¹⁾ Nur für Versicherungen gegen laufende Beitragszahlung ab dem zweiten Versicherungsjahr.

²⁾ Frühestens ab dem zweiten Versicherungsjahr.

Sonstige Angaben

1.2 ÜBRIGE KAPITALBILDENDE VERSICHERUNGEN MIT BEGINN BIS 1997

Überschussverband		Grundüberschussanteil		Zusatzüberschussanteil ¹⁾
		in % der Versicherungssumme für den Erlebensfall ²⁾	in % der Versicherungssumme für den Todesfall ³⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals
91	Männer	1,65	1,35	1,20
	Frauen	1,65	0,95	1,20

¹⁾ Frühestens ab dem zweiten Versicherungsjahr.

²⁾ Nur für Versicherungen gegen laufende Beitragszahlung ab dem zweiten Versicherungsjahr und Versicherungen, die durch Ablauf der vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer beitragsfrei sind.

³⁾ Nur für Versicherungen gegen laufende Beitragszahlung ab dem zweiten Versicherungsjahr.

1.3 ÜBRIGE KAPITALBILDENDE VERSICHERUNGEN MIT BEGINN VON 1997 BIS 2000

Überschussverband		Grundüberschussanteil ¹⁾		Zusatzüberschussanteil ²⁾
		in % der maßgeblichen Todesfallsumme ³⁾	in % des überschussberechtigten Risikobeitrages	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals
97 SP		1,20	30,00	0,70

¹⁾ Ab dem zweiten Versicherungsjahr für beitragspflichtige Versicherungen, auch für Versicherungen, die durch Ablauf der vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer beitragsfrei sind.

²⁾ Frühestens ab dem zweiten Versicherungsjahr.

³⁾ Die maßgebliche Todesfallsumme ist die anfängliche Todesfallsumme zuzüglich der vor dem Versicherungsjahrestag erfolgten Erhöhungen des Versicherungsschutzes bei Dynamik.

1.4 ÜBRIGE KAPITALBILDENDE VERSICHERUNGEN MIT BEGINN AB 2000

Überschussverband		Grundüberschussanteil ¹⁾		Zusatzüberschussanteil ²⁾
		in % des maßgeblichen Jahresbeitrages ³⁾	in % des überschussberechtigten Risikobeitrages ⁴⁾ ⁵⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals
00KA		1,10	13,00	1,45
04KA		1,10	13,00	2,30

¹⁾ Ab dem zweiten Versicherungsjahr für beitragspflichtige Versicherungen.

²⁾ Frühestens ab dem zweiten Versicherungsjahr.

³⁾ Der maßgebliche Jahresbeitrag ist der Jahresbeitrag vor Stückkosten und Ratenzuschlägen.

⁴⁾ Ab Alter 60 fällt der Überschussanteilsatz linear bis auf 0 % im Alter 85.

⁵⁾ Auch für tariflich beitragsfrei gestellte Versicherungen.

2 Schlussüberschussbeteiligung

Versicherungen, die im Geschäftsjahr 2008 oder im Geschäftsjahr 2009 vor dem Versicherungsjahrestag 2009 ablaufen, erhalten eine Schlussüberschussbeteiligung. Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen der jeweiligen maßgeblichen Versicherungs-

summe der Jahre, in denen die Versicherung beitragspflichtig bestand. Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall werden die Schlussüberschüsse nach einer Wartezeit gemäß dem Geschäftsplan bzw. den beschlossenen Festlegungen anteilig gewährt.

Überschussverband		in % der maßgeblichen Versicherungssumme ²⁾ für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ³⁾							
		2003 – 2008	2002	1993 – 2001	1987 – 1992	1984 – 1986	1982 – 1983	1976 – 1981	1971 – 1975
71 VB	bis zum 12. VJ ¹⁾		1,000	1,500	1,000	0,500	1,500	3,000	4,000
	ab dem 13. VJ ¹⁾	2,500	3,250	3,750	3,250	2,250	1,500	3,000	4,000
90 VB		2,000	2,750	3,250	2,750				
91		2,750	3,500	4,000	4,000				
96 VB		2,125	2,875	3,250					

¹⁾ VJ = Versicherungsjahr.

²⁾ Die maßgebliche Versicherungssumme ist die Versicherungssumme für den Erlebensfall, auch nach Ablauf einer vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

³⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

Überschussverband		in % der maßgeblichen Versicherungssumme für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ¹⁾			
		bezogen auf die Erlebensfallsumme		bezogen auf die Todesfallsumme ²⁾	
		2003 – 2008	2002	1997 – 2001	1997 – 2008
97 SP		1,375	2,125	2,500	0,500

¹⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

²⁾ Die maßgebliche Todesfallsumme ist die anfängliche Todesfallsumme zuzüglich der vor dem Versicherungsjahrestag erfolgten Erhöhungen des Versicherungsschutzes bei Dynamik.

Sonstige Angaben

Überschussverband	in % der maßgeblichen Versicherungssumme (aktuelle Erlebensfallsumme) für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ¹⁾²⁾		
	2003 – 2008	2002	2000 – 2001
00KA	3,000	4,000	4,500
04KA	3,125		

¹⁾ Ab dem 5. Versicherungsjahr.

²⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

3 Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven

Versicherungen, die im Geschäftsjahr 2008 oder im Geschäftsjahr 2009 vor dem Versicherungsjahrestag 2009 ablaufen, erhalten eine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven. Die Höhe der Mindestbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen der jeweiligen maßgeblichen Versicherungssumme der Jahre, in denen die Versicherung beitrags-

pflichtig bestand. Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall ergibt sich die Mindestbeteiligung nach einer Wartezeit gemäß dem Geschäftsplan bzw. den beschlossenen Festlegungen anteilig. Ist die zugewiesene Beteiligung an den Bewertungsreserven geringer als die Mindestbeteiligung, wird die Differenz berücksichtigt.

Überschussverband		in % der maßgeblichen Versicherungssumme ²⁾ für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ³⁾							
		2003 – 2008	2002	1993 – 2001	1987 – 1992	1984 – 1986	1982 – 1983	1976 – 1981	1971 – 1975
71 VB	bis zum 12. VJ ¹⁾		1,1000	1,6500	1,1000	0,5500	1,6500	3,3000	4,4000
	ab dem 13. VJ ¹⁾	2,7500	3,5750	4,1250	3,5750	2,4750	1,6500	3,3000	4,4000
90 VB		2,2000	3,0250	3,5750	3,0250				
91		3,0250	3,8500	4,4000	4,4000				
96 VB		2,3375	3,1625	3,5750					

¹⁾ VJ = Versicherungsjahr.

²⁾ Die maßgebliche Versicherungssumme ist die Versicherungssumme für den Erlebensfall, auch nach Ablauf einer vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

³⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

Überschussverband	in % der maßgeblichen Versicherungssumme für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ¹⁾			
	2003 – 2008	2002	1997 – 2001	bezogen auf die Todesfallsumme ²⁾ 1997 – 2008
97 SP	1,5125	2,3375	2,7500	0,5500

¹⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

²⁾ Die maßgebliche Todesfallsumme ist die anfängliche Todesfallsumme zuzüglich der vor dem Versicherungsjahrestag erfolgten Erhöhungen des Versicherungsschutzes bei Dynamik.

Überschussverband	in % der maßgeblichen Versicherungssumme (aktuelle Erlebensfallsumme) für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ²⁾		
	2003 – 2008	2002	2000 – 2001
00KA	3,3000	4,4000	4,9500
04KA	3,4375		

¹⁾ Ab dem 5. Versicherungsjahr.

²⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

C. Rentenversicherungen

1 LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG

Überschussverband	Aufschubzeit	Rentenbezug
	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ¹⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ²⁾
00RT	1,25 ³⁾	1,25
04RT	2,30 ⁴⁾	1,95
05RT	2,30 ⁴⁾	2,55
07RT	2,80 ⁵⁾	3,05 ⁶⁾

¹⁾ Erstmals zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

²⁾ Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit.

³⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Erlebensfallbonus“ sowie bei nach Rückkauf verbleibenden Versicherungen auf den Erlebensfall: 1,60 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Erlebensfallbonus.

⁴⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“ sowie bei nach Rückkauf verbleibenden Versicherungen auf den Erlebensfall: 2,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

Bei nach Rückkauf verbleibenden Versicherungen auf den Erlebensfall: 2,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals. Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfallleistung“: 2,00 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

⁵⁾ Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“ sowie bei nach Rückkauf verbleibenden Versicherungen auf den Erlebensfall: 2,65 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus. Bei nach Rückkauf verbleibenden Versicherungen auf den Erlebensfall: 2,65 % des überschussberechtigten Deckungskapitals. Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfallleistung“: 2,50 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus.

⁶⁾ Auf das überschussberechtigte Deckungskapital des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus stattdessen 3,05 %.

2 Schlussüberschussbeteiligung

Versicherungen, deren Aufschubzeit im Geschäftsjahr 2008 oder im Geschäftsjahr 2009 vor dem Versicherungsjahrestag 2009 endet, erhalten eine Schlussüberschussbeteiligung. Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung ab dem 5. Versicherungsjahr

beitragspflichtig bestand. Die Schlussüberschüsse werden auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt. Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall werden die Schlussüberschüsse nach einer Wartezeit gemäß den beschlossenen Festlegungen anteilig gewährt.

Überschussverband	in % des maßgeblichen Deckungskapitals für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr		
	2003 – 2008	2002	2000 – 2001
00RT	2,750	3,750	4,250
04RT	2,875		
05RT	2,875		
07RT	3,300		

3 Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven

Versicherungen, deren Aufschubzeit im Geschäftsjahr 2008 oder im Geschäftsjahr 2009 vor dem Versicherungsjahrestag 2009 endet, erhalten eine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven. Die Höhe der Mindestbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung ab dem 5. Versicherungsjahr beitragspflichtig bestand. Die Mindestbeteiligung

wird auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt. Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall ergibt sich die Mindestbeteiligung nach einer Wartezeit gemäß den beschlossenen Festlegungen anteilig. Ist die zugeteilte Beteiligung an den Bewertungsreserven geringer als die Mindestbeteiligung, wird die Differenz berücksichtigt.

Überschussverband	in % des maßgeblichen Deckungskapitals für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr		
	2003 – 2008	2002	2000 – 2001
00RT	3,0250	4,1250	4,6750
04RT	3,1625		
05RT	3,1625		
07RT	3,6300		

D. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

1 LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG IN DER ANWARTSCHAFT UND IN DER KARENZZEIT

Überschussverband	Versicherungen in der Anwartschaft bzw. Karenzzeit		
	in % des überschussberechtigten Beitrages ¹⁾	Zusatzüberschussanteil ²⁾ in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	Risikoüberschussanteil ²⁾ in % der überschussberechtigten Risikoprämie
EUZ 99	25,00	1,20	25,00
BUZ 99	15,00	1,20	15,00
00BUZA	21,00	1,45	21,00
00BUZB, 00BUZC, 00BUZD	33,00	1,45	33,00
00EUZ	25,00	1,45	25,00
04BUZA	21,00	1,95	21,00
04BUZB, 04BUZC, 04BUZD	33,00	1,95	33,00
07BUZA	21,00	2,45	21,00
07BUZB, 07BUZC, 07BUZD	33,00	2,45	33,00

¹⁾ Nur für beitragspflichtige Versicherungen.

²⁾ Nur für beitragsfrei gestellte Versicherungen.

2 LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG IM RENTENBEZUG

Überschussverband	Versicherungen im Rentenbezug	
	Dynamische Überschussrente und verzinsl. Ansammlung in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	Bonusrente in % der garantierten EU-Rente bzw. BU-Rente
EUZ 99	1,20	4,50
BUZ 99	1,20	4,50
00BUZA	1,45	5,50
00BUZB, 00BUZC, 00BUZD	1,45	5,50
00EUZ	1,45	5,50
04BUZA	1,95	8,00
04BUZB, 04BUZC, 04BUZD	1,95	8,00
07BUZA	2,45	10,50
07BUZB, 07BUZC, 07BUZD	2,45	10,50

E. Risikolebensversicherungen

Überschussverband		Todesfallbonus oder Beitragsverrechnung	
		Todesfallbonus in % der Versicherungssumme	Beitragsverrechnung in % des überschussberechtigten Beitrages
00RI	Männer	138,00	53,00
	Frauen	96,00	44,00
04RI	Männer	138,00	53,00
	Frauen	96,00	44,00
07RI	Männer	138,00	53,00
	Frauen	96,00	44,00

F. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Die Höhe dieses Ansamm-

lungsüberschussanteils wird so festgelegt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 4,70 % beträgt.

G. Direktgutschrift

Für Versicherungen der Überschussverbände 71 VB, 90 VB und 91 wird ein zusätzlicher Überschussanteil in Höhe des für die jeweiligen Versicherungen geltenden Ratenzuschlages für unterjährliche Beitragszahlung als Direktgutschrift gewährt, soweit der entsprechende Überschussverband die zusätzliche Bezeichnung „H“ trägt.

Darüber hinaus wird keine Direktgutschrift gewährt. Stattdessen ist die für 2008 deklarierte Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer in voller Höhe in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung festgelegt.

Aufsichtsrat

Dr. Friedrich Caspers

– Vorsitzender –

Vorsitzender des Vorstands der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden

Manfred Basler

– Stellv. Vorsitzender –

Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Lahr eG, Lahr
(bis 2. Mai 2007)

Dr. Peter Hanker

– Stellv. Vorsitzender –

Sprecher des Vorstands der Volksbank Mittelhessen eG, Gießen

Enno Emmerinck

Mitglied des Vorstands der Hamburger Volksbank eG, Hamburg

Dr. Rolf Flechsig

Mitglied des Vorstands der Berliner Volksbank eG, Berlin

Moritz Krawinkel

Mitglied des Vorstands des Rheinisch-Westfälischen
Genossenschaftsverbandes e. V., Münster

Reinhard Krumm

Stellv. Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Lahr eG, Lahr
(seit 2. Mai 2007)

Erwin Kuhn

Präsident des Württembergischen Genossenschaftsverbandes
Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e. V., Stuttgart

Gerhard Roßwog

Vorsitzender des Vorstands des Badischen
Genossenschaftsverbandes Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e.V.,
Karlsruhe

Hans Wormser

Präsident des Landesverbands Bayerischer Transport- und
Logistikunternehmen (LBT) e. V., Herzogenaurach

Vorstand

Rainer Sauerwein

– Vorsitzender –

Frank-Hennig Florian

(seit 1. Januar 2008)

Heinz-Jürgen Kallerhoff

(seit 1. Oktober 2007)

Hans-Christian Marschler

(bis 30. September 2007)

Rainer Neumann

Verantwortlicher Aktuar

Gerd-Michael Hartmann

Aufsichtsrat und Vorstand
der R+V Lebensversicherung a. G.

PROVISIONEN UND SONSTIGE BEZÜGE DER VERSICHERUNGSVERTRETER, PERSONAL-AUFWENDUNGEN

in Euro	2007	2006
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	1.531.710,37	1.800.203,91
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	—,—	—,—
3. Löhne und Gehälter	154.123,82	145.960,04
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	4.864,80	5.105,83
5. Aufwendungen für Altersversorgung	152.502,79	726,40
6. Aufwendungen insgesamt	1.843.201,78	1.951.996,18
Darüber hinaus haben die Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB Provisionen für das Vermittlungsgeschäft erhalten	79.740,89	64.193,81

Die Löhne und Gehälter beziehen sich zum einen auf Vorstandsbezüge, zum anderen auf per Umlage zugeordnete Mitarbeiterbezüge anderer Gesellschaften.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands betragen 103.914 Euro (2006: 93.862 Euro). An frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen wurden 153.105 Euro (2006: 153.058 Euro) gezahlt.

Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen von früheren Mitgliedern des Vorstands besteht eine Rückstellung in Höhe von 186.337 Euro (2006: 215.033 Euro).

Für den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 196.816 Euro (2006: 132.520 Euro) und für die Mitglieder der Mitgliederversammlung 14.191 Euro (2006: 6.449 Euro) aufgewendet.

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden keine Mitarbeiter beschäftigt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB.

Die R+V Lebensversicherung a. G. ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Mittel Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Verpflichtungen hieraus betragen für die R+V Lebensversicherung a. G. 386 Tsd. Euro.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 934 Tsd. Euro.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protoktor Lebensversiche-

rungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 8.793 Tsd. Euro.

Aus Immobilienfonds besteht eine Nachzahlungsverpflichtung in Höhe 7.200 Tsd. Euro.

Aus Multitranchen-Schuldscheindarlehen besteht ein Andienungsrecht zu 5,82 % mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr in Höhe von 5.000 Tsd. Euro.

Es bestehen Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 4.996 Tsd. Euro und aus Hypotheken-Forwarddarlehen in Höhe 884 Tsd. Euro sowie Eventualverbindlichkeiten aus bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Hypothekendarlehen in Höhe von 1.903 Tsd. Euro.

Wiesbaden, 3. März 2008

Der Vorstand

Sauerwein

Florian

Kallerhoff

Neumann

Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat zur Erfüllung seiner Aufgaben einen Prüfungsausschuss gebildet.

Mit Ablauf der ordentlichen Mitgliederversammlung am 2. Mai 2007 ist Herr Manfred Basler aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. An seiner Stelle wurde Herr Reinhard Krumm dem Aufsichtsrat zugewählt. In der Nachfolge von Herrn Basler wurden Herr Dr. Peter Hanker zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates und Herr Dr. Rolf Flechsig zum Mitglied des Prüfungsausschusses gewählt.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat sowie der Prüfungsausschuss haben die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften überwacht und beratend begleitet. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung der R+V Lebensversicherung a.G. regelmäßig und umfassend informiert. In seinen Sitzungen am 29. März 2007 und 11. Dezember 2007 hat der Aufsichtsrat mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert. Weiterhin wurde der Aufsichtsrat durch vierteljährliche schriftliche Berichte des Vorstands unterrichtet. Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats laufend über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen in Kenntnis gesetzt. Alle Maßnahmen, welche die Zustimmung des Aufsichtsrats erfordern, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Im Vordergrund der Berichterstattung standen die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Unternehmensplanung und -perspektive sowie die Finanzkennzahlen. In besonderer Weise überwachte der Aufsichtsrat die Kapitalanlagepolitik des Vorstands vor dem Hintergrund der Subprimekrise. Der Vorstand gab mehrfach einen Überblick über den Stand der VVG-Reform sowie über die Lösungskonzepte der R+V Lebensversicherung a. G. und ihre technische Umsetzung. In besonderer Weise erörtert wurden die Handlungsfelder, die sich ergeben aus der Erweiterung der Informationspflichten, der Einschränkung

von Rücktrittsrechten, der Neuregelung von Rückkaufswerten und der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven. Intensiv befasste sich das Gremium mit den Rahmenbedingungen der Lebensversicherung, wie z.B. mit dem Thema Abgeltungssteuer, und den hieraus resultierenden Chancen und Risiken. In diesem Zusammenhang wurde die Marktposition der R+V Lebensversicherung a. G. und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte erläutert.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 eingehend geprüft. Hierzu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, vor.

An der Sitzung des Prüfungsausschusses am 17. April 2008 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil, um über die wesentlichen Prüfungsergebnisse zu berichten. In dieser Sitzung wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht erörtert. Ferner beschäftigte sich der Prüfungsausschuss mit der Prüfung des Risikofrüherkennungssystems nach § 91 Abs. 2 AktG und besprach die wesentlichen Ergebnisse des Jahresberichts der internen Revision des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Der Aufsichtsrat hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 sowie den Lagebericht in seiner Sitzung am 28. April 2008 beraten. In dieser Sitzung berichteten der Abschlussprüfer sowie der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über das Ergebnis der Prüfung. Der verantwortliche Wirtschaftsprüfer stand für alle zusätzlichen Erläuterungen und Stellungnahmen zur Verfügung.

Der Verantwortliche Aktuar nahm an der Sitzung des Aufsichtsrats, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde, teil. Er berichtete über die wesentlichen Ergebnisse des von ihm gegenüber dem Vorstand abgegebenen Erläuterungsberichts

zur versicherungsmathematischen Bestätigung, die er uneingeschränkt erteilt hat. Der Aufsichtsrat erhebt keine Einwendungen gegen den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars.

Der Aufsichtsrat hat gegen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 keine Einwendungen erhoben und sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 gebilligt und somit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Wiesbaden, 28. April 2008

Der Aufsichtsrat

Dr. Caspers
Vorsitzender

Mitgliedervertretung

Hans-Peter Born

Vorsitzender des Vorstands der Groß-Gerauer Volksbank eG,
Groß-Gerau

Werner Gutzmer

Vorsitzender des Vorstands des Geflügelwirtschaftsverbandes
Sachsen-Anhalt e. V., Pretzsch

Dr. Wolfgang Heinle

Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Kraichgau eG,
Sinsheim
(bis 2. Mai 2007)

Hans-Josef Heuter

Direktor des Rheinisch-Westfälischen
Genossenschaftsverbandes e. V., Münster

Herbert Hinterschitt

Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Neckartal eG,
Eberbach
(seit 2. Mai 2007)

Walter Konrad

Vorsitzender des Vorstands der
Volksbank Kreis Bergstraße eG, Lampertheim
(seit 2. Mai 2007)

Peter Knust

Mitglied des Vorstands der Volksbank Raiffeisenbank
Eichstätt eG, Eichstätt

Helmut Kraft

Vorsitzender des Vorstands der Raiffeisenbank
Karlstadt-Gemünden eG, Karlstadt

Horst Mathes

Mitglied des Vorstands des Genossenschaftsverbandes
Norddeutschland e. V., Hannover

Hans-Joachim Prang

Mitglied des Vorstands der Volksbank Nordhümmling eG,
Börger

Kurt Reinstädler

Mitglied des Vorstands der Bank 1 Saar eG, Saarbrücken

Herbert Schiene

Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Lippstadt eG,
Lippstadt

Fritz-Ludwig Schmidt

Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Kreis Bergstraße eG,
Lampertheim
(bis 2. Mai 2007)

Edmund Wahl

Vorsitzender des Vorstands der Volksbank Hohenlohe eG,
Öhringen

Glossar

Abschlusskosten / Abschlusskostenquote

Abschlussaufwendungen entstehen durch den Abschluss von Versicherungsverträgen. Dazu zählen beispielsweise Kosten für Beratung, für Antragsbearbeitung oder für die Anforderung von Gesundheitsauskünften. Die Abschlussaufwendungen in Prozent der → Beitragssumme des Neugeschäfts ergeben die Abschlusskostenquote.

Absicherungsgeschäft

Zur Absicherung von (Wechsel-)Kurschwankungen werden spezielle Finanzkontrakte, insbesondere derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Das Absicherungsgeschäft kompensiert so die Risiken des Grundgeschäfts, die durch eine ungünstige Kurs- oder Preisentwicklung entstehen können.

Aktuar / Aktuarin, DAV

Aktuare sind mathematisch ausgebildete Sachverständige. Sie sind national und international in Berufsvereinigungen organisiert, zum Beispiel in der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV). In Deutschland müssen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) Personenversicherungen einen Verantwortlichen Aktuar bestellen.

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Summe der Zahlungen für angefallene Leistungsfälle einschließlich der Kosten für die Schadenregulierung und die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (netto)

Provisionen sowie Personal- und Sachaufwendungen für Abschluss und laufende Verwaltung von Versicherungsverträgen, gekürzt um die Provisionen und Gewinnbeteiligungen, die von Rückversicherern erstattet wurden.

Beiträge

Der Beitrag, oft auch → Prämie genannt, ist der Preis für den Versicherungsschutz, den der Versicherer gewährt. Er kann laufend oder als Einmalbeitrag entrichtet werden. Unter „gebuchten Beiträgen“ versteht man die gesamten Beitragseinnahmen, die im Geschäftsjahr fällig geworden sind.

Beitragssumme des Neugeschäfts

Die Summe aller für die Vertragslaufzeit vereinbarten → Beiträge von neuen Verträgen.

Beitragsüberträge

Der Anteil der im Geschäftsjahr vereinnahmten Beiträge, der auf die Zeit nach dem Bilanzstichtag entfällt, wird als Beitragsübertrag unter den versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen.

Bewertungsreserven

Differenz zwischen dem Buchwert und dem → Zeitwert einer Kapitalanlage.

Black-Scholes-Modell

Das Black-Scholes-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Finanzoptionen, das von Fischer Black und Myron Scholes 1973 veröffentlicht wurde.

Brutto / Netto

Bei Brutto- bzw. Nettoausweis werden die versicherungstechnischen Positionen vor bzw. nach Abzug des Anteils ausgewiesen, der auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft entfällt. Statt „netto“ verwendet man auch die Bezeichnung „für eigene Rechnung“.

Deckungsrückstellung

Nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelte versicherungstechnische Rückstellung, die künftige Ansprüche der Versicherungsnehmer vor allem in der Lebens-, Kranken- und Unfallversicherung abdeckt. Sie entspricht dem Saldo aus dem Barwert der künftigen Verpflichtungen abzüglich des Barwerts der künftigen Beiträge.

Depotforderungen / -verbindlichkeiten

Sicherheitsleistungen zur Deckung von Versicherungsverbindlichkeiten zwischen Erst- und Rückversicherer. Das einbehaltende Unternehmen weist in diesem Fall Depotverbindlichkeiten, das gewährende Unternehmen Depotforderungen aus.

Derivatives Finanzinstrument

Finanzinstrument, dessen Wert steigt oder fällt, wenn sich eine Basisgröße (bestimmter Zinssatz, Wertpapierpreis, Währungskurs, Preisindex etc.) ändert. Zu den Derivaten zählen insbesondere Futures, Forwards, Swaps und Optionen.

Direktgutschrift

Der Teil der Überschussbeteiligung, der dem Kunden direkt zu Lasten des Geschäftsjahresergebnisses gutgeschrieben wird und nicht aus der → Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen wird.

Duration

Die Duration bezeichnet die durchschnittliche Laufzeit einer zinssensitiven Kapitalanlage oder eines Portfolios und ist ein Risikomaß für deren Sensitivität in Bezug auf Zinssatzänderungen.

Fondsgebundene Lebens- oder Rentenversicherung

Lebens- oder Rentenversicherung, bei der die Höhe der Ablaufleistung maßgeblich von der Wertentwicklung der jeweiligen Fondsanteile abhängt. Der Versicherungsnehmer ist unmittelbar am Gewinn oder Verlust der Vermögensanlage beteiligt.

Für eigene Rechnung (f.e.R.)

Der jeweilige versicherungstechnische Posten nach Abzug des in Rückversicherung gegebenen Geschäfts → Brutto/Netto.

Genossenschaftlicher FinanzVerbund

Netzwerk genossenschaftlicher Zentral- und Spezialinstitute im Rahmen eines umfassenden Allfinanz-Konzeptes. Partner der R+V Versicherung sind u.a.: DZ BANK AG, WGZ BANK eG, Bausparkasse Schwäbisch Hall, Union Investment, VR Leasing.

Hull-White-Modell

Das Hull-White-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Zinsderivaten, das von John C. Hull und Alan White veröffentlicht wurde.

IFRS - International Financial Reporting Standards

Internationale Rechnungslegungsnormen, die eine international vergleichbare Bilanzierung und Publizität gewährleisten sollen.

Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)

Laufende Bruttoerträge abzüglich Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen abzüglich planmäßige Abschreibungen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung der Kapitalanlagen

Alle Erträge abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres, sofern es sich nicht um Kapitalanlagen für eine → Fondsgebundene Lebens- oder Rentenversicherung handelt.

Prämie

→ Beitrag

Provision

Vergütung des Versicherungsunternehmens an Vertreter, Makler oder andere Vermittler für deren Kosten im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Verwaltung von Versicherungsverträgen.

Rating

Standardisierte Bonitätsbeurteilung von Schuldtiteln sowie von Unternehmen durch unabhängige, spezialisierte Bewertungsagenturen.

Reservequote

Die Reservequote errechnet sich zu einem Stichtag aus dem Verhältnis der → Bewertungsreserven zu den Kapitalanlagen zu Buchwerten.

Rohüberschuss

Überschuss eines Versicherungsunternehmens vor Aufwendungen für die Zuführung zur → Rückstellung für Beitragsrückerstattung sowie vor Gewährung der → Direktgutschrift und vor einer eventuellen Gewinnabführung.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung dient der Beteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss eines Versicherungsunternehmens und ist eine Rückstellung für künftige Leistungen im Rahmen der Überschussbeteiligung.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte

Versicherungsfälle

Rückstellung für die Verpflichtungen aus Versicherungsfällen, die am Bilanzstichtag bereits eingetreten waren, aber noch nicht gemeldet wurden bzw. noch nicht vollständig abgewickelt werden konnten.

Rückversicherer

Versicherungsunternehmen, das Risiken anderer Versicherungsgesellschaften übernimmt und selbst keine direkten Vertragsbeziehungen zum Versicherungsnehmer unterhält.

Sicherungsvermögen

Der Teil der Aktiva eines Versicherungsunternehmens, der dazu dient, die Ansprüche der Versicherungsnehmer zu sichern. Aufgrund der Sicherstellung der Ansprüche der Versicherten im Falle einer Insolvenz ist das Sicherungsvermögen ein vom übrigen Vermögen des Versicherungsunternehmens intern getrenntes Sondervermögen, das dem Zugriff anderer Gläubiger entzogen ist.

Solvabilität

Eigenmittelausstattung eines Versicherungsunternehmens.

Steuerabgrenzung (aktive/passive latente Steuern)

Im Einzelabschluss kommt es zu einer Steuerabgrenzung, wenn zwischen den Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden im handelsrechtlichen Jahresabschluss und in der steuerlichen Vermögensrechnung Unterschiede bestehen. Durch den Ansatz latenter Steuern werden zukünftige steuerliche Belastungen (passive latente Steuern) oder Entlastungen (aktive latente Steuern) in der Handelsbilanz abgebildet.

Stornoquote

Die Stornoquote stellt das Verhältnis der vorzeitig beendeten Versicherungsverträge aufgrund von Rückkauf, Beitragsfreistellung oder sonstigem vorzeitigem Abgang zum mittleren Versicherungsbestand gemessen am laufenden Beitrag dar.

Stress-Test

Bei Stress-Tests handelt es sich um eine spezielle Form der Szenarioanalyse. Ziel ist es, eine quantitative Aussage über das Verlustpotenzial bei extremen Marktschwankungen treffen zu können.

Strukturierte Produkte

Bei einem strukturierten Produkt wird ein → derivatives Finanzinstrument (z.B. eine Option) mit einem nicht-derivativen Instrument (z.B. einer Anleihe) kombiniert.

Verbundene Unternehmen

Das Mutterunternehmen (Konzernobergesellschaft) und alle Tochterunternehmen. Tochterunternehmen sind Unternehmen, bei denen das Mutterunternehmen einen beherrschenden Einfluss auf die Geschäftspolitik ausüben kann (Control-Prinzip).

Versicherungstechnische Rückstellungen

Ungewisse Verbindlichkeiten, die unmittelbar mit dem Versicherungsgeschäft zusammenhängen. Ihre Bildung soll sicherstellen, dass die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen dauerhaft erfüllt werden können.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Saldo aus Erträgen und Aufwendungen, die dem Versicherungsgeschäft zugeordnet werden.

Verwaltungskostenquote

Die Verwaltungsaufwendungen in Prozent der gebuchten Bruttobeiträge ergeben die Verwaltungskostenquote.

Zeitwert

Der Zeitwert einer Kapitalanlage entspricht in der Regel ihrem Marktwert. Ist der Wert nicht direkt zu ermitteln, wird der Wert herangezogen, zu dem der Vermögensgegenstand zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt würde.

Übersicht über die Geschäftsergebnisse 1950 bis 2007

in Euro

Geschäftsjahr	Versicherungsbestand Laufender Beitrag für ein Jahr	Gebuchte Bruttobeiträge	Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich Rückkäufe
1950	1.292.565	2.280.611	377.159	779.944
1960	14.413.588	20.900.504	5.070.897	4.079.038
1970	107.765.296	122.981.012	33.205.239	30.341.409
1980	538.839.606	477.605.187	179.453.268	130.712.482
1981	624.172.293	529.840.065	218.097.284	148.177.937
1982	685.294.058	578.529.132	255.708.712	183.821.810
1983	755.083.030	636.666.421	296.495.299	250.502.448
1984	814.788.723	674.250.041	336.598.929	271.116.208
1985	875.446.593	725.331.959	382.651.996	295.830.909
1986	935.750.698	788.240.507	430.385.476	315.273.815
1987 ¹⁾	1.003.336.978	863.214.531	450.174.341	344.759.185
1988	1.080.789.899	967.047.869	495.942.586	400.778.029
1989 ²⁾	14.452.374	30.905.644	16.481.068	21.028.260
1990	17.856.931	33.886.428	17.863.950	20.648.180
1991	22.364.748	38.739.861	19.174.590	24.506.454
1992	25.253.610	45.848.396	20.819.303	24.928.604
1993	27.015.285	58.257.393	21.639.796	35.576.389
1994	36.869.641	70.175.743	23.361.876	39.667.469
1995 ¹⁾	44.506.247	79.996.987	25.787.664	53.232.098
1996	51.330.165	87.381.334	29.250.280	53.717.965
1997	56.428.039	92.890.629	32.331.641	51.222.893
1998	65.730.105	100.606.241	36.024.542	51.558.199
1999	94.294.125	126.404.496	40.511.394	56.314.139
2000	93.312.016	127.521.158	47.660.139	61.587.424
2001	98.370.589	134.641.889	48.055.032	57.002.297
2002	110.073.621	132.830.159	49.752.762	54.084.731
2003	121.569.753	119.007.695	50.870.959	50.045.558
2004	151.186.156	142.966.614	55.217.424	47.338.524
2005	165.456.747	174.461.797	63.213.117	62.464.246
2006	158.409.979	158.902.703	65.733.352	105.916.744
2007	148.701.749	149.539.469	76.031.856	84.294.427

¹⁾ Änderung der Rechnungslegungsvorschriften.

²⁾ Bestandsübertragung auf die R+V Lebensversicherung AG.

Übersicht über die
Geschäftsergebnisse

Kapitalanlagen	Deckungsrückstellung und Beitragsüberträge – brutto –	Rückstellung für Beitragsrückerstattung – brutto –	Gesamtüberschuss	Geschäftsjahr
8.400.252	8.678.014	1.022.499	78.218	1950
77.266.485	61.611.757	13.187.499	4.399.660	1960
502.190.554	418.594.975	49.109.569	19.610.803	1970
2.655.456.453	1.962.901.264	370.063.313	142.206.051	1980
3.055.487.806	2.278.011.981	451.084.023	175.126.271	1981
3.431.674.154	2.624.906.984	538.905.174	212.539.518	1982
3.930.893.264	2.966.574.346	659.237.216	262.189.255	1983
4.478.995.800	3.331.997.428	781.920.106	245.549.127	1984
5.050.236.823	3.742.200.002	906.560.742	263.177.999	1985
5.642.112.164	4.202.116.421	1.021.824.521	284.795.770	1986
6.202.198.322	4.784.313.057	1.011.324.763	263.449.163	1987 ¹⁾
6.958.969.049	5.414.824.142	1.016.112.639	322.938.774	1988
219.183.868	182.473.980	30.381.973	11.638.645	1989 ²⁾
236.792.366	196.725.565	34.215.918	9.861.808	1990
255.040.356	212.131.088	38.519.549	11.383.667	1991
271.931.196	232.940.137	41.945.359	12.238.523	1992
295.611.207	253.365.861	45.561.026	13.611.036	1993
328.991.433	279.831.087	49.071.182	14.229.800	1994
361.393.753	300.794.115	55.275.526	17.546.437	1995 ¹⁾
410.952.829	327.018.975	62.881.746	19.669.533	1996
460.087.288	362.021.808	70.540.491	20.526.030	1997
522.770.007	407.560.967	75.962.734	18.988.429	1998
641.196.537	466.926.561	88.291.297	27.427.354	1999
701.339.576	535.023.865	95.047.209	22.489.854	2000
801.254.694	610.134.298	117.598.148	39.948.930	2001
894.245.586	692.425.182	114.776.122	13.942.585	2002
986.118.703	771.101.047	124.697.553	32.172.597	2003
1.194.157.787	880.392.718	135.569.072	28.723.028	2004
1.308.111.676	1.008.918.890	148.611.863	33.017.914	2005
1.335.403.070	1.093.244.575	153.144.967	30.712.413	2006
1.387.073.928	1.194.720.794	154.278.562	26.313.439	2007